

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die französische Entwicklungszusammenarbeit seit
1981“

Verfasserin

Gisela Selucky, BA

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

IDS Internationale Entwicklung

Betreuer:

Univ.-Prof. i.R. Dr. Walter Schicho

Inhaltsverzeichnis

1. Vorstellung des Themas und seiner Relevanz für die Entwicklungsforschung	4
1.1 Fragestellung	4
2. Das einstige französische Kolonialreich und seine heutigen Überreste	6
3. Die Akteure der französischen Entwicklungszusammenarbeit	8
3.1 Staatliche Akteure	8
3.2 Nichtstaatliche Akteure	22
4. Die französische Sprache als Vehikel der Machterhaltung	26
4.1 Die <i>Organisation Internationale de la Francophonie</i>	27
4.1.1 Ziele und Missionen	29
4.2 <i>Pacte linguistique</i> und die Bedeutung des Französischen in der Welt	30
4.3 Probleme und Herausforderungen der OIF	33
5. Die französische Entwicklungszusammenarbeit im Wandel der Zeit	35
5.1 Interessen und Ziele der französischen Entwicklungszusammenarbeit	35
5.2 Die räumliche Konzentration der französischen Entwicklungszusammenarbeit	37
5.3 Die Ära Mitterrand (1981-1995)	39
5.3.1 Globaler Kontext und internationales Geschehen	39
5.3.2 Mitterrand und die französische Afrika- und Entwicklungspolitik ..	43
5.3.3 Fazit	48
5.4 Die Ära Chirac (1995-2007)	48
5.4.1 Die große Reform der Entwicklungspolitik von 1998	54
5.4.2 Öffentliche Reaktionen und Kritik an der Reform	57

5.4.3 Fazit.....	58
5.5 Die Ära Sarkozy (2007-2012).....	59
5.5.1 Die Rede von Dakar 2007	61
5.5.2 Fazit.....	67
6. Aktuelle Trends der französischen Entwicklungszusammenarbeit.....	68
6.1 Verteilung und Höhe der ODA (<i>Official Development Assistance</i>)	70
7. Die französische Afrikapolitik seit 1981 – zwischen Bruch und Kontinuität	72
7.1 Die aktuellen Pfeiler der französischen Entwicklungszusammenarbeit	74
8. Schlusswort und Analyse der Ergebnisse	76
9. Zusammenfassung	77
9.1 Summary	79
9.2 Résumé	81
10. Bibliografie	83
10.1 Monografien, Sammelbände und Zeitschriftenartikel.....	83
10.2 Internetquellen	84
10.3 Abbildungsverzeichnis	87
11. Anhang.....	88
11.1 Abstract in deutscher Sprache	88
11.2 Abstract in English	88
11.3 Lebenslauf	89

1. Vorstellung des Themas und seiner Relevanz für die Entwicklungsforschung

Diese Diplomarbeit soll die französische Entwicklungszusammenarbeit von 1981 bis zum Jahr 2012 untersuchen. Diese Zeitspanne wurde von der Verfasserin gewählt, da sie die Regierungszeit von insgesamt drei französischen Staatspräsidenten (Mitterrand, Chirac und Sarkozy) und folglich auch von drei verschiedenen Legislaturperioden, in denen jeweils andere Akzente in der Entwicklungszusammenarbeit gesetzt wurden, beinhaltet. Obwohl es im anglophonen und im frankophonen Sprachraum ein wenig Literatur über die französische Entwicklungszusammenarbeit gibt, finden sich zu diesem Thema in der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur an der Universität Wien leider kaum Publikationen, die das vorliegende Thema behandeln. Aus diesem Grund soll diese Diplomarbeit einen Beitrag zu einem im deutschsprachigen Raum nur wenig erfassten Thema leisten. Zwar gibt es auf den offiziellen Homepages des Außenministeriums und der AFD (*Agence Française de Développement*) einige Informationen bezüglich der Akteure und der Maßnahmen der französischen Entwicklungszusammenarbeit, jedoch sind diese frei von jeglicher Kritik. Ein weiteres Ziel der Diplomarbeit soll sein, die Beweggründe Frankreichs für sein Handeln in der Entwicklungszusammenarbeit zu erforschen. Eine wichtige Rolle hierbei wird auch die Verbreitung der französischen Sprache als Vehikel zur Machterhaltung spielen.

1.1 Fragestellung

Konkret soll in der Arbeit folgende Forschungsfrage beantwortet werden: Wie und warum hat sich die französische Entwicklungszusammenarbeit seit der Präsidentschaft Mitterrands ab 1981 bis hin zum Ende der Amtszeit von Sarkozy 2012 verändert?

In einer ausführlichen Analyse der drei Amtszeiten von Mitterrand, Chirac und Sarkozy soll gezeigt werden, welche Maßnahmen der jeweilige Präsident in der französischen Entwicklungspolitik setzte und welche Auswirkungen diese auf die Beziehungen zu den Empfänger der Entwicklungshilfe hatte. Hierbei soll dargelegt werden, wer die zentralen Akteure der französischen Entwicklungszusammenarbeit sind und wie diese handeln. Dabei soll insbesondere deutlich werden, wo diese Akteure ihre Projekte durchführen und mit welchen Mitteln diese bewerkstelligt werden. Darüber hinaus soll auch ein besonderes Augenmerk auf die Rolle der französischen Sprache in der Entwicklungspolitik gelegt werden, da viele der ehemaligen Kolonien auch heute noch aufgrund des kolonialen Erbes frankophon sind und dadurch eine besonders intensive Beziehung zu Frankreich haben. Da Frankreich viel Wert auf die Erhaltung und Verbreitung seiner Sprache legt, wird ausgearbeitet werden, inwiefern die französische Sprache die französische Entwicklungszusammenarbeit beeinflusst.

2. Das einstige französische Kolonialreich und seine heutigen Überreste

Wie allgemein bekannt ist, zählte Frankreich zu den bedeutendsten Kolonialmächten der Vergangenheit. Das erste Kolonialreich umspannte einen Zeitraum von circa 80 Jahren (1534-1803/04). Der Niedergang des ersten französischen Kolonialreichs in den Jahren 1803 und 1804 war das Resultat des fehlenden politischen Interesses der französischen Politik und Wirtschaft. Das zweite Kolonialreich hingegen dauerte von 1884 bis 1962 und war ein sehr erfolgreiches Unterfangen. Mit der Eroberung der algerischen Hauptstadt Algier im Jahre 1884 begann die stetige Erweiterung des französischen Einflusses, was den allgemeinen Verlust an Prestige innerhalb Europas nach der Niederlage gegen Preußen 1870/71 kompensieren sollte. Im Rahmen der Berliner Afrikakonferenz im Jahre 1884 erhielt Frankreich den Großteil der westafrikanischen Staaten, womit es sich endgültig als erfolgreiche Kolonialmacht etabliert hatte. Nur das British Empire war vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs noch größer als das französische Kolonialreich. Durch den Friedensvertrag von Versailles 1918 vergrößerte sich *l'Empire Colonial Français* zusätzlich um die Mandatsgebiete Syrien, Libanon, und Kamerun, womit 1938 mehr als 100 Millionen Menschen innerhalb des französischen Kolonialreichs lebten. Das Verhältnis Frankreichs zu seinen Kolonien war von einem hierarchischen Gedankengut geprägt, da Frankreich die Rolle einer „mère magnanime de cent millions d’habitants“¹ zugesprochen wurde, was zu einer schrittweisen Zusammenführung Frankreichs mit seinen „Kindern“ führen sollte².

Heutzutage umfasst das französische Staatsgebiet 551.602 Quadratkilometer. Somit ist Frankreich das größte europäische Land, welches auch über zahlreiche Gebiete außerhalb Europas verfügt. Diese Überseegebiete, auch *Départements et Régions d’Outre Mer* genannt, werden von 1,8 Millionen Menschen auf einer Fläche von rund 706.000 Quadratkilometern bewohnt. Bei den französischen Überseegebieten wird zwischen vier Typen unterschieden:

¹ Lüsebrink (2011):11.

²Lüsebrink (2011): 9ff.

- *Départements d’Outre Mer (DOM)*

Zu den DOM zählen Französisch-Guyana, Martinique, Guadeloupe sowie La Réunion. Sie sind eigene Départements, was sie zu einem Teil des französischen Staatsgebiets und somit auch zu einem Teil der Europäischen Union macht.

- *Territoires d’Outre Mer (TOM)*

Die TOM umfassen Nouvelle-Calédonie, Wallis et Futuna sowie Französisch-Polynesien.

- *Collectivités territoriales*

Zu den Collectivités territoriales zählen Mayotte und Saint-Pierre et Miquelon.

- *Terres Australes et Antarctiques françaises (TAAF)*³

Aufgrund der gemeinsamen, historischen gewachsenen Beziehung steht Frankreich auch heute noch den damaligen Überseegebieten sehr nahe. Im Vergleich zu den Nachbarstaaten der französischen Überseestaaten weisen selbige relativ gute Wirtschaftsdaten auf: sowohl in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt, die Lebenserwartung als auch auf den Human Development Index (HDI) sind die französischen Überseegebiete ihren Nachbarländern weit voraus. Dies ist unter anderem den Zahlungen aus Frankreich und den guten Wirtschaftsbeziehungen mit der ehemaligen Kolonialmacht zu verdanken – etwa 50 bis 60 Prozent des lokalen Handels werden mit Frankreich abgewickelt. Doch in den letzten Jahren haben auch die mittlerweile autonomen Überseestaaten schlechte Zeiten erfahren: durch zahlreiche Naturkatastrophen und dem damit einhergehenden Einbruch der Tourismusbranche, die für einen wichtigen Teil der Einnahmen verantwortlich war, schrumpfte der lokale Wohlstand massiv⁴.

³ Lüsebrink (2011) : 11.

⁴ La Documentaton Francaise (2009) : Internetquelle. (Die Zugriffsdaten auf sämtliche Internetquellen befinden sich im Literaturverzeichnis am Ende der Arbeit).

3. Die Akteure der französischen Entwicklungszusammenarbeit

Um die französische Entwicklungszusammenarbeit und ihr Wirken zu verstehen, ist es unabdingbar die diversen beteiligten Akteure, ihren Einflussbereich sowie ihren Stellenwert in der politischen und wirtschaftlichen Landschaft zu untersuchen. Dabei spielen auch die Instrumente und Mechanismen, derer sich die einzelnen Akteure bedienen, eine essentielle Rolle. Im Folgenden werden deshalb die größten und bedeutendsten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure der französischen Entwicklungszusammenarbeit beschrieben.

3.1 Staatliche Akteure

L'Agence Française du Développement (AFD)

Die AFD ist das französische Gegenstück zur ADA (Austrian Development Agency) und definiert sich selbst als „développeur d'avenirs durables“. Die Vorläuferorganisation der AFD wurde als *Caisse centrale de la France libre* 1941 in London durch de Gaulle gegründet. Sie ist heute einer der wichtigsten Akteure der französischen Entwicklungszusammenarbeit. Seit 1998 trägt die *Agence Française du Développement* ihre heutige Bezeichnung. Die AFD besteht aus der *Agence* selbst, einem Teil namens PROPARCO, der für Entwicklungsprojekte im privaten Sektor zuständig ist, aus dem CEFEB (*Centre d'études financières, économiques et bancaires*) sowie aus einem Netzwerk bestehend aus mehreren Finanzierungsinstitutionen, die ihr das Agieren in den verschiedenen Entwicklungsländern erlaubt. Rechtlich gesehen ist die AFD zwei Ministerien unterstellt, nämlich zum einen dem Außenministerium und zum anderen dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen. Im Jahr 2000 wurde die AFD zur Drehscheibe der französischen Entwicklungszusammenarbeit (*opérateur pivot*) im Rahmen der Armuts- und Schuldenreduktionsprogramme erklärt. Darüber hinaus ist die *Agence Française de Développement* innerhalb der *Zone de Solidarité Prioritaire* für die Durchführung der Entwicklungsprojekte, die vom Außenministerium entworfen wurden,

verantwortlich⁵.

Zur Umsetzung ihrer Entwicklungsprojekte bedient sich die *Agence Française de Développement* viererlei Instrumente der Finanzierung:

1) Darlehen

Die AFD hat nach eigenen Angaben die Darlehen an Entwicklungsländer in den letzten Jahren stetig erhöht. Die gute Bonität der AFD und des französischen Staats ermöglicht es, Darlehen zu besseren Konditionen anzubieten, als das die globalen Finanzmärkte in den Entwicklungsländern können. Die AFD stellt ihre Mittel sowohl Staaten als auch öffentlichen Unternehmen, lokalen Körperschaften und Nichtregierungsorganisationen zur Verfügung. Hier wird unterschieden zwischen *prêts souverains* und *prêts non souverains*. Erstere werden an Staaten vergeben, während zweite lediglich an nichtstaatliche Organisationen verliehen werden. *Prêts souverains* werden vorrangig Staaten mit einer eher geringen Schuldenlast oder voraussehbarer Verringerung des Schuldenstandes aufgrund einer Entschuldungsinitiative gewährt. Aktuell trifft eine voraussichtliche Dezimierung der Schulden und somit auch eine mögliche Darlehensvergabe auf den Kamerun, Ghana und Senegal zu. Da in vielen Entwicklungsländern auch viele (Sozial-)Leistungen vom privaten Sektor erbracht werden, legt die AFD ein besonderes Augenmerk auf die *prêts non souverains*. Die *Agence Française de Développement* versucht, für die Vergabe dieser Darlehen eine Bürgschaft des Staates einzuholen. Soweit zu den potenziellen Empfängern von Darlehen der AFD. Es gibt jedoch auch verschiedene Konditionen, zu denen Mittel verborgt werden: hier wird unterschieden zwischen den *prêts concessionnels* und den *prêts non concessionnels*. *Prêts concessionnels* sind gleichzusetzen mit Soft Loans. Die Differenz zwischen einem Darlehen zu marktüblichen Konditionen und einem Soft Loan wird von der französischen Regierung beglichen. *Prêts non concessionnels* hingegen richten sich insbesondere an Staaten mit einer eher geringen Verschuldungsrate. So gewährte Frankreich erst vor kurzem dem Senegal ein solches Darlehen zu den Marktkonditionen, um dessen Finanzen

⁵Minfenda (2005): 92ff.

langfristig aufzubessern und kurzfristig Liquiditätsprobleme auszugleichen. Die Vergabe eines *prêt non concessionnel* hängt in erster Linie von drei Faktoren ab: erstens von der Beschaffenheit des Projekts (inklusive seiner sozialen, ökologischen und ökonomischen Auswirkungen), zweitens von der Wertigkeit des Darlehenempfängers (sein Tätigkeitsprofil, seine Garantien sowie Liquidität) und drittens von den Umständen, unter denen das betreffende Projekt ins Leben gerufen wird (politischer, ökonomischer und sozialer Kontext). Über diese Darlehensarten hinaus bietet die AFD außerdem *prêts contracycliques* an, die eine variable Rückzahlungsdauer des Darlehens ermöglichen. Dies ist besonders für landwirtschaftliche Betriebe sowie für Staaten, die auf den Export von Agrargütern und Rohstoffen stark angewiesen sind, von großem Interesse. Bei eventuellen Ernteaussfällen oder einem plötzlichen Preisabfall für Agrargüter und Rohstoffe auf dem Weltmarkt erlaubt es ein kontrazyklisches Darlehen dem Darlehensnehmer, den Betrag zeitlich flexibel zu tilgen. Das hat den Vorteil, dass der Darlehensnehmer in wirtschaftlich erfolgreichen Zeiten mehr Geld zurückzahlen kann (als für einen bestimmten Zeitraum ursprünglich vorgesehen) und in eher tristeren Zeiten seine Ratenzahlungen zeitlich nach hinten verschieben kann. Aktuell hat der Senegal, dessen Wirtschaft sehr stark vom Export von Agrargütern und Rohstoffen abhängig ist, ein solches kontrazyklisches Darlehen von der AFD in Anspruch genommen, um eine Sanierung der Abwasserreinigung vorzunehmen⁶.

2) Subventionen

Die Subventionen, die von der AFD ausgeschüttet werden, fließen in die *Least Developed Countries* der *Zone de Solidarité Prioritaire* in Afrika. Dabei werden insbesondere Projekte zum Auf- und Ausbau der lokalen Infrastruktur, zur städtischen und ländlichen Entwicklung sowie in die Erweiterung des Bildungs- und des Gesundheitswesens durchgeführt. Hierbei werden die gleichen Vergabekriterien wie beim Darlehensverleih angewandt⁷.

3) Garantien

⁶AFD (o.J.): Les prêts. Internetquelle.

⁷AFD (o.J.): Les subventions. Internetquelle.

Da Kleinst- und Mittelunternehmen aufgrund von fehlenden Sicherheiten und Bürgschaften oft Schwierigkeiten haben, einen Kredit bei einer Bank aufzunehmen, stellt die *Agence Française de Développement* auch Sicherheiten für die Kreditaufnahme zur Verfügung. Sie bürgt damit für einen eventuellen Zahlungsausfall des betreffenden Unternehmens oder Staates mit ihrem Eigenkapital, womit das Risiko eines Zahlungsausfalls für die verleihende Bank deutlich verringert wird. Darüber hinaus kann laut der Homepage der AFD ein Projekt, das durch die Aufnahme eines Kredits erfolgreich realisiert wird, dazu führen, dass ein Unternehmen wachsen und neue Arbeitsplätze schaffen kann. Die AFD hat insgesamt drei Fonds, die sich mit der Vergabe von Sicherheiten an lokale Unternehmen beschäftigen: erstens den *Fonds de Garantie ARIZ*, zweitens den *Fonds DOM (Départements d’Outre-Mer)* und drittens den *Fonds FASEP*⁸.

Der *Fonds de Garantie ARIZ* existiert seit dem Jahr 2000, ist in fünf afrikanischen Ländern vertreten und hat bereits mit über 50 lokalen Banken Verträge abgeschlossen. 2005 wurde die AFD mittels des Fonds im Senegal aktiv. Bis 2008 wurden insgesamt 8,5 Milliarden CFA Francs, umgerechnet circa 13 Millionen Euro, dank der Sicherheiten durch den Fonds an senegalesische Unternehmen als Darlehen ausbezahlt. Über 50 Prozent der begünstigten Unternehmen sind in der Geflügelzucht, der Fischerei oder im Landwirtschaftssektor tätig. Weitere 20 Prozent entfallen auf Betriebe, die in der Bildung, Gesundheit oder im Mikrofinanzwesen arbeiten. Aktuell ist es Firmen möglich, mit drei senegalesischen Kreditinstituten Kreditverträge abzuschließen, bei denen die AFD dem Unternehmen mit einer Bürgschaft den Rücken stärkt. Für die Zukunft erhofft man sich seitens der AFD nach den bereits eingetretenen Erfolgen des Fonds eine weitere positive Entwicklung und plant, die Grenze für den maximal unterstützten Kreditbetrag von 500 Millionen CFA auf 1,6 Milliarden CFA anzuheben. Darüber hinaus sollen auch sehr kleine und finanziell schwache Unternehmen zunehmend durch das Angebot des Fonds angesprochen werden. Konkret sollen hierbei mittelfristig auch Mikrokredite vergeben werden, für die die AFD im Rahmen des Fonds

⁸AFD (o.J.) : Les garanties. Internetquelle.

automatisch die Haftung übernehmen würde. Somit wird den Kleinst- und Mittelunternehmen der Zugang zu frischem Geld erheblich erleichtert⁹.

Der zweite von insgesamt drei Fonds, die die AFD betreut, ist der Fonds DOM. Selbiger stellt Sicherheiten für mittel- und langfristige Bankkredite in den Überseegebieten für Kleinst- und Mittelunternehmen mit maximal zehn Angestellten zur Verfügung. Der Fonds DOM (*Départements d'outre-Mer*) verfügt über ein Budget von 53 Millionen Euro, welches vom französischen Staat, der Europäischen Union, sowie von den vier Überseegebieten Martinique, Guadeloupe, La Réunion und Guyana gestellt wird. Seit 1999 wurden mehr als 6500 Kreditvergaben durch den Fonds DOM ermöglicht. Dabei entfielen mehr als 90 Prozent der Vergaben auf sehr kleine Firmen¹⁰. Als dritter Fonds der AFD ist noch der Fonds FASEP zu nennen, welcher französische Kleinst- und Mittelunternehmen darin unterstützt, sich im Ausland niederzulassen beziehungsweise dorthin zu expandieren. Präzise stellt die AFD hier Investitions Garantien zur Verfügung, die die Unternehmen gegen sämtliche lokalen wirtschaftlichen Risiken absichern sollen¹¹.

4) Entschuldungs- und Entwicklungsverträge

Die Entschuldungs- und Entwicklungsverträge, auf Französisch *Contrats de désendettement et de développement* (Abkürzung C2D) genannt, sind ein weltweit bislang einzigartiges Instrument, dessen sich die AFD zur Realisierung von Entwicklungsprojekten bedient. Wie der Name dieses Instruments bereits vermuten lässt, handelt es sich hierbei nämlich nicht nur um einen reinen Entschuldungs-, sondern auch um einen Refinanzierungsmechanismus. Die C2D sind Teil der „Initiative PPTE“ (*Initiative des pays pauvres très endettés*, auf Englisch auch besser unter HIPC (*Heavily indebted poor countries*) bekannt) und laut der Homepage der AFD ein sehr vielversprechendes Werkzeug zur Armutsreduktion in Entwicklungsländern, welches zusätzlich zum Schuldenerlass durch den Pariser Club die Schuldenlast eines Landes

⁹Le Portail de l'Entreprise et du business au Sénégal (o.J.) : Internetquelle.
AFD (o.J.) Le fonds ARIZ. Internetquelle.

¹⁰AFD (o.J.) : Le fonds DOM. Internetquelle.

¹¹AFD (o.J.) : Le fonds FASEP. Internetquelle.

reduzieren soll. Insgesamt belaufen sich die Maßnahmen im Rahmen der *Contrats de Désendettement et de Développement* auf eine Gesamtsumme von etwa 3,7 Milliarden Euro. Aber was unterscheidet nun die von der französischen Regierung so hochgelobten Entschuldungs- und Entwicklungsverträge von gewöhnlichen Schuldenerlässen für Entwicklungsländer? Begleicht ein Land seine Staatsschulden an Frankreich, so wird der gleiche Betrag an das betreffende Land wieder ausgeschüttet, jedoch zweckgebunden für armutsreduzierende Projekte und Maßnahmen, die im Vorfeld zwischen Frankreich und dem Entwicklungsland vereinbart wurden. Somit reduziert sich nicht nur der Schuldenstand des betreffenden Staates, sondern das zurückgezahlte Geld fließt im Rahmen von Entwicklungsprojekten auch wieder in das Land zurück. Die Bedingungen, an die die (Wieder-)Ausschüttung der Gelder geknüpft sind, werden zuvor in den Verträgen festgehalten. Neben dem entwicklungspolitischen Nutzen dieser Verträge betont Frankreich auch, dass es diese Maßnahme ermöglicht, den Dialog mit dem betreffenden Staat zu intensivieren und gemeinsam einen Weg zur dauerhaften Armutsreduktion zu finden. Darüber hinaus stellen die C2D einen erheblichen Anreiz für ein Land dar, um seine Auslandsschulden stetig zu reduzieren. Innerhalb der *Zone de Solidarité Prioritaire* ist die AFD hauptverantwortlich für den Abschluss solcher Vereinbarungen. Zu den Ländern, die die Möglichkeit haben einen solchen Entwicklungs- und Entschuldungsvertrag abzuschließen, zählen Uganda, Mozambique, Tanzania, Mauretanien, Bolivien, Nicaragua, Ghana, Madagaskar, Honduras, Rwanda, Kamerun, Somalia, Malawi, Guinea, die demokratische Republik Kongo, die Elfenbeinküste, Burundi, Kongo, Sudan, Liberia, Myanmar und Sierra Leone¹². Wie anhand dieser Auflistung deutlich wird, befinden sich zahlreiche nichtfrankophone Staaten und Länder, die nicht zum einstigen französischen Kolonialreich gehörten, im Wirkungskreis der C2D, was auf eine darauf schließen lässt, dass Frankreich bestrebt ist, sein ehemaliges *empire colonial* entscheidend zu vergrößern und somit seinen Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent sicherzustellen.

Ein sehr aktuelles Beispiel für die Umsetzung eines solchen Entschuldungs- und Entwicklungsvertrages stellt der Vertragsabschluss mit der Elfenbeinküste

¹²AFD (o.J.) : Les contrats de désendettement et de développement. Internetquelle.

dar. Dieser Vertrag läuft von 2012 bis 2015. Die erste Teilzahlung beträgt insgesamt 630 Millionen Euro, wofür zwei weitere Verträge unterzeichnet wurden. Die in die Elfenbeinküste zurücküberwiesenen Gelder sollen laut Vertrag vor allem für das Bildungs- und Gesundheitswesen, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, die Trinkwasserversorgung sowie für den Aufbau und Ausbau der lokalen Infrastruktur aufgewandt werden¹³.

Insgesamt beläuft sich der Betrag dieses Entschuldungs- und Entwicklungsvertrages auf drei Milliarden Euro, welche wiederum aus zwei verschiedenen Tranchen bestehen: erstere, welche zwei Milliarden Euro umfasst, wird direkt in die Entwicklungshilfe einfließen, und zweite (eine Milliarde Euro) wird als reine Verringerung der Schuldenlast verbucht werden. François Fillon, französischer Premierminister unter Nicolas Sarkozy, versicherte im Juli vorvergangenen Jahres, dass der Schuldenerlass von einer Milliarde Euro an keinerlei Bedingungen geknüpft sei und über die Verwendung der restlichen zwei Milliarden Euro in partnerschaftlicher Weise mit der Elfenbeinküste verhandelt würde¹⁴.

Doch die *Contrats de désendettement et de développement* haben nicht nur positive Seiten an sich: Die hohen Schulden der Elfenbeinküste gegenüber Frankreich hätten mit großer Wahrscheinlichkeit ohnehin niemals abgebaut werden können, da sich das Land nach den Wahlen 2011 einer Krise ausgesetzt sah und es durch die heftigen Auseinandersetzungen noch wirtschaftlich stark angeschlagen ist. Da viel Geld für den Wiederaufbau und die Erhaltung der lokalen Infrastruktur aufgewandt werden muss, wird der Elfenbeinküste kein oder nur sehr wenig Budget zur Verfügung stehen, um die Schulden bei Frankreich abzubauen und diese Mittel in Gelder für Entwicklungsprojekte umzuwandeln.

Darüber hinaus wird über die Verwendung der Gelder im Rahmen der *Contrats de désendettement et de développement* entgegen der französischen Behauptungen, die Elfenbeinküste als gleichberechtigten Verhandlungspartner

¹³Französische Botschaft in Abidjan (o.J.): Internetquelle.

¹⁴Adingra (2.7.2012): Internetquelle.

einzubeziehen, alleinig von einem Komitee in Paris entschieden. Die tatsächliche Umsetzung und Durchführung der Projekte erfolgt ebenfalls unter rein französische Leitung, nämlich durch die *Agence Française de Développement*. Von einem Mitspracherecht oder gar einer Gleichberechtigung der staatlichen und nichtstaatlichen Akteure der Elfenbeinküste kann also im Fall der C2D keine Rede sein¹⁵. Leider finden sich auf der Homepage der AFD keine Informationen, die auf dieses Komitee und den damit verbundenen Entscheidungsprozess hinsichtlich der Entschuldungs- und Entwicklungsverträge hinweisen.

Le Ministère de la Coopération

Das *Ministère de la Coopération*, von den Franzosen umgangssprachlich auch *Ministère de l'Afrique* genannt, wurde per Dekret am 10. Juni 1959 unter der Präsidentschaft von Charles de Gaulle ins Leben gerufen. Doch bereits 1959 existierte eine eigene Administration, geschaffen um die Beziehungen mit den ehemaligen Kolonien zu pflegen. Dies war später auch die Aufgabe dieses Ministeriums. Diese *pays du champ* umfassten insgesamt 37 Länder in Afrika und im karibischen Raum. Darüber hinaus führte das *Ministère de la Coopération* sämtliche internationale Verhandlungen, insbesondere jene im Rahmen der Lomé-Abkommen und hatte den Vorsitz im *Fonds d'Aide et de Coopération* (FAC). Der FAC stellte in etwa 35 Prozent des Budgets des Kooperationsministeriums und wurde vollständig vom französischen Staat finanziert¹⁶.

Das *Ministère de la Coopération* agierte mittels seiner insgesamt 31 *missions d'aide et de coopération* (MAC), die über das Budget des FAC verfügten und damit Projekte in Afrika durchführen konnten, um die Entwicklung der *pays du champ* voranzutreiben. Da das einstige französische Kolonialreich sich ja nicht auf ganz Afrika ausgedehnt hatte, brauchte es eine andere Institution, die die politischen Beziehungen zu diesen *pays hors champ* pflegte. Diese Aufgabe wurde der am Quai d'Orsay ansässigen *Direction générale de la Coopération*

¹⁵Koulibali zitiert nach Tedga (2012): Internetquelle.

¹⁶Naudet 1995: 8.

internationale et du développement, abgekürzt DGCID, zuteil. Mit der großen Reform der französischen Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 1998, die in späteren Kapiteln noch ausführlich behandelt werden wird, wurde jedoch das *Ministère de la Coopération* in das Außenministerium integriert und war von diesem Augenblick an diesem unterstellt. Am 16. Mai 2012 wurde das *Ministère de la Coopération* endgültig abgeschafft und durch ein *Ministère délégué au développement* ersetzt. Damit ging eine Ära in der französischen Entwicklungs- und Außenpolitik zu Ende, da das *Ministère de la Coopération* seit seiner Gründung eine Schlüsselrolle in den Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien inne hatte. Ab 1962 war das Ministerium beispielsweise dazu befugt, Soldaten auf Wunsch für die Ableistung ihres Wehrdienstes als *Coopérants* ins Ausland zu entsenden. Darüber hinaus war das Ministerium für die Verwaltung der technischen und militärischen Hilfe in seinem räumlichen Kompetenzbereich zuständig¹⁷.

Hier fällt natürlich sofort die auf den ersten Blick wenig bedeutungsträchtige Umbenennung dieses Ministeriums auf. Doch warum wurde schlagartig der Name des Ministeriums verändert? Das *Ministère de la coopération*, von den Franzosen auch liebevoll „Coop“ oder „Coopé“ genannt, war wie oben bereits erwähnt schon seit der Präsidentschaft von Charles de Gaulle eine nicht mehr wegzudenkende Institution in der französischen Politik. Der Autor Yves Gounin meint dazu, dass

„[...] la Coopération désigne la politique menée par les pays industrialisés en faveur des pays en développement. Passé dans l'usage courant, le terme ne relève pas pour autant de l'évidence: parler de "coopération" revient à postuler l'existence d'une relation symétrique et négociée entre les donateurs et les bénéficiaires de l'aide qui, dans les faits n'a pas toujours existé¹⁸.“

Gounin bezieht sich also hier darauf, dass der Begriff *Coopération* historisch negativ konnotiert ist und fälschlicherweise ein symmetrisches Austauschverhältnis zwischen Frankreich und dem Empfängerland der Hilfe suggeriert. Die (politisch eher links ausgerichtete) französische Zeitung *Libération* zitiert in diesem Zusammenhang zwei anonym gebliebene Politiker,

¹⁷Olivier (2012): Internetquelle.

¹⁸Gounin (2009): 87.

die betonen, dass „Le terme de coopération était trop marqué *Françafrique*“ und dass „[i]l y avait une notion un peu condescendante dans ce vocable¹⁹.“ Darüber hinaus wird behauptet, dass „[l]e développement, c’est l’idée de partenariat mutuellement profitable²⁰“.

Neben der historisch gewachsenen Konnotation des Begriffs *Coopération* und seinem Bezug auf die kolonial geprägte *Françafrique* (mehr dazu in späteren Kapiteln) wird hier also insbesondere betont, dass der französische Staat an einer gleichberechtigten und gleichermaßen gewinnbringenden Beziehung zwischen Gebern und Nehmern der Entwicklungshilfe interessiert ist. Alain Joyandet, unter Nicolas Sarkozy als Staatssekretär für die Kooperation tätig, behauptet jedoch, dass Frankreich den Afrikanern sehr wohl helfen wolle, aber gleichzeitig auch einen Nutzen aus diesem Verhältnis ziehen möchte²¹. Laut dem Redakteur Mathieu Olivier der Zeitschrift *Jeune Afrique* wählten François Hollande und sein Premierminister Jean-Marc Ayrault den Begriff *Développement* anstelle von *Coopération*, da der letztgenannte Terminus historisch tief geprägt ist und im Gegensatz dazu *Développement* auch in der Europäischen Union gebräuchlich ist. Doch die Debatte um die Benennung dieses Ministeriums geht länger zurück als manch einer es vielleicht vermuten mag: bereits François Mitterrand hatte die Institution nach seiner Machtübernahme 1981 in *Ministère de la Coopération et du Développement* umbenannt. 1993 wurde (immer noch in der Präsidentschaftszeit Mitterrands, jedoch stellte damals der aus dem anderen politischen Lager stammende Édouard Balladour den Premierminister) jedoch dem Ministerium sein alter Name wiedergegeben²². Die Zukunft wird zeigen ob aufgrund der Umbenennung des „Ministère de l’Afrique“ unter dem seit Mai 2012 herrschenden Präsident François Hollande die französische Entwicklungszusammenarbeit auch wirklich zu einer partnerschaftlichen und gleichberechtigten Zusammenarbeit werden wird oder nicht.

Le HCCI (Haut Conseil de la Coopération Internationale)

¹⁹Hofnung (2012): Internetquelle.

²⁰Hofnung (2012): Internetquelle.

²¹Hofnung (2012): Internetquelle.

²²Olivier 2012: Internetquelle.

Die Geschichte des 1999 ins Leben gerufenen HCCI begann bereits im Jahr 1990, als (der erst kürzlich verstorbene) Stéphane Hessel einen Bericht über die Beziehungen Frankreichs mit diversen Entwicklungsländern abgab. Darin forderte er die Gründung einer neuen Organisation oder Instanz, die zwischen den zahlreichen Akteuren der französischen Entwicklungspolitik vermitteln sollte. Konkret machte er sich dabei für "le dialogue entre les différents ministères et les autres partenaires de la présence de la France dans les pays en développement : entreprises, collectivités locales (sic!), associations, universités, centres de recherches, etc²³." stark. Die Gründung des HCCI geht auf die große Reform der französischen Entwicklungszusammenarbeit von 1998 zurück, die noch in späteren Kapiteln ausführlicher behandelt werden wird. Der HCCI selbst definiert sich als Schnittstelle zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft und ist ein unabhängiges, dem Premierminister zugehöriges Organ der französischen Entwicklungspolitik. Es besteht aus insgesamt 60 Mitgliedern, welche aus Organisationen für internationale Kooperation, Migrantenvereinigungen, gesellschaftspolitischen Organisationen entstammen. Darüber hinaus sind auch Forscher und Experten aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit Mitglieder des HCCI. Dabei hat sich die Institution drei Ziele gesetzt: 1) einen essentiellen Beitrag zur Reflexion über die Ausrichtung der internationalen Kooperation zu leisten, 2) Verbesserung der Kommunikation und des Austausches zwischen den diversen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren erreichen, 3) Intensivierung der Kenntnisse über den globalen Süden, internationale Beziehungen sowie die Kooperationspolitik betreiben²⁴. Leider geht aus dem dritten Punkt hier nicht hervor, wessen Kenntnisse über die Entwicklungspolitik und Entwicklungsländer vertieft werden sollen.

Der Einflussbereich des HCCI erstreckt sich nicht nur auf Entwicklungsländer und LDCs, sondern auch auf „Transitionsländer“ Europas sowie bereits industrialisierte Staaten. Thematisch berät der HCCI den Premierminister hinsichtlich ökonomischer, sozialer und militärischer Kooperation,

²³Hessel zitiert nach Minfenda 2005: 97.

²⁴Minfenda (2005): 97f.

Entwicklungshilfe, kulturellen Austausch, humanitäre Intervention, Aufbau einer Demokratie sowie Schutz der Menschenrechte. Darüber hinaus betrachtet sich der HCCI als Ort der Reflexion für die Zivilgesellschaft über die Probleme der Globalisierung, der Entwicklung und der Demokratie²⁵. Nichtsdestotrotz sollte hierbei aber nicht vergessen werden, dass der HCCI lediglich eine beratende Funktion dem Premierminister gegenüber einnimmt und dass seine Empfehlungen keinesfalls bindende Richtlinien sind.

Le CICID (Le Comité Interministériel de la Coopération Internationale et du Développement)

Der CICID wurde am 4. Februar 1998 gegründet und hat die Aufgabe, die französische Entwicklungshilfe zwischen den einzelnen involvierten Ministerien zu koordinieren und auf einander abzustimmen. Seit seiner Gründung sind die Mitglieder des CICID jedoch erst acht Mal zu einer Sitzung einberufen worden. Vorsitzender des CICID ist der jeweils amtierende Premierminister²⁶, der über die Verfolgung der vier Hauptziele des CICID wacht: 1) Ausrichtung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und –politik, 2) Abstecken der ZSP (Zone de Solidarité Prioritaire, beinhaltet jene Länder, denen die französische Entwicklungshilfe zu Gute kommt), 3) Überwachung der Sinnhaftigkeit der thematischen und regionalen Prioritäten, und 4) Evaluierung der durchgeführten Projekte nach den vereinbarten Richtlinien. Darüber hinaus hat der CICID im Jahr 2004 ein strategisches Dokument zur Erreichung der Millennium Development Goals vorgelegt, welches Projekte in den Bereichen der Gesundheit, der Wasserversorgung, der Gesundheit und AIDS-Bekämpfung, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit, der Entwicklung der Infrastruktur sowie dem Schutz der Umwelt vorsieht. Der CICID legt regelmäßig Vorschläge für langfristige Entwicklungsprojekte zu diversen entwicklungspolitisch relevanten Themen vor²⁷.

La DGT (Direction Générale du Trésor)

²⁵Minfenda (2005): 98f.

²⁶Gounin (2009): 92.

²⁷Minfenda (2005): 96.

Die Vorgängerin der DGT, die DGTPE entstand 2004 aus der Zusammenführung dreier Institutionen, nämlich der *Direction du trésor*, der *Direction des relations économiques extérieures*, und der *Direction de la prévision et de l'analyse économique*. Die DGTPE war verantwortlich für wirtschaftliche, finanzielle, nationale, internationale sowie bi- und multilaterale Angelegenheiten²⁸. Im Jahr 2010 jedoch wurde sie von DGTPE in DGT umbenannt, wobei es sich aber um eine reine Verkürzung und Vereinfachung der Bezeichnung handelt, wie ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums bestätigt: „En simplifiant son nom, [...] cette direction générale du ministère de l'Economie de l'Industrie et de l'Emploi réaffirme son identité, lisible et signifiante aussi bien en France qu'à l'international²⁹.“ Die DGT hat dem Wirtschaftsminister gegenüber hinsichtlich der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik eine beratende Funktion inne. Darüber hinaus entwickelt die DGT unter anderem wirtschaftliche Prognosen für Frankreich und das internationale Umfeld, unterstützt die französische Firmen in ihrer Niederlassung im Ausland, bewahrt die Interessen des französischen Staates in Betrieben, die in ihren Kompetenzbereich fallen usw.³⁰.

Le Ministère du Développement

Wie schon bereits erwähnt, ist das französische „Entwicklungsministerium“ Teil des Außenministeriums, welches heute für die Pflege der französischen Beziehungen mit dem Ausland verantwortlich ist. Dabei gibt es im Gegensatz zu früher keine extra Anlaufstelle für frankophone Staaten und ehemalige Kolonien, das Außenministerium ist vielmehr für ein gutes Verhältnis mit allen Staaten der Welt zuständig³¹. Das kaum ein Jahr alte Ministerium wird fortan von Pascal Canfin geleitet, dessen Nominierung auf diesen Posten letztes Jahr eine große Überraschung war, da er zum einen bei Amtsantritt erst 37 Jahre alt war und zum anderen kein ausgewiesener Experte für Entwicklungsfragen ist. Canfin war vor seiner Tätigkeit in der AFD Abgeordneter im Europaparlament und zudem Journalist in der Zeitschrift *Alternatives Economiques*. Im Rahmen

²⁸Gounin (2009): 93.

²⁹Anonymous zitiert nach Maire Info (2010): Internetquelle.

³⁰Maire Info (2010): Internetquelle.

³¹Olivier (2012): Internetquelle.

seiner Arbeit beschäftigte er sich vor allem mit Spekulationsgeschäften, dem Bankensektor und umweltfreundlicher Wirtschaftspolitik³².

Der reelle Einfluss des frisch angelobten Ministers ist jedoch geringer als man zunächst zu glauben vermag: Laurent Fabius, seit Mai 2012 französischer Außenminister unter Präsident François Hollande, beeinflusst das ihm unterstellte Entwicklungsministerium massiv und darf auch Entscheidungen von Canfin ablehnen. Somit wenden sich auch sämtliche Staatschefs des afrikanischen Kontinents nicht an Canfin, sondern aus praktischen Gründen lieber gleich an Fabius oder gar an Hollande. Dies zeigte auch ein Staatsbesuch von den Präsidenten aus der Côte d'Ivoire, aus Gabun, Togo und aus Benin. Es war nämlich nicht Entwicklungsminister Pascal Canfin, sondern Außenminister Laurent Fabius, der diese Staatspräsidenten in Paris begrüßte und mit ihnen außenpolitisch relevante Gespräche führte³³.

La DGM (La direction générale de la mondialisation, du développement et des partenariats)

Die Vorgängerin der DGM, die DGCID (Direction Générale de la Coopération Internationale et du Développement) entstand im Rahmen der umfassenden Reformen der französischen Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 1998 und untersteht seither dem Außenministerium. Die DGCID verfügte 2002 über ein Budget von 1,43 Milliarden Euro und beschäftigte zu diesem Zeitpunkt etwa 500 Mitarbeiter. In der französischen Entwicklungszusammenarbeit hatte die DGCID die Rolle eines technischen, wissenschaftlichen und kulturellen Mittlers inne. Dazu gehört auch die Verbreitung der französischen Kultur und Sprache im Ausland, die auch von der OIF (Organisation Internationale de la Francophonie) vorrangig forciert wird³⁴. Im Jahr 2009 wurde im Zuge einer erneuten Reform die DGCID in die DGM umgewandelt. Dies hatte den Grund, dass „certains sujets, je pense notamment à l'énergie, à la démographie, aux migrations, aux religions, sont, faute de moyens, quasiment absents de notre dispositif³⁵“,

³²Hofnung (2012): Internetquelle.

³³Olivier (2012): Internetquelle.

³⁴Gounin (2009): 92f.

³⁵Kouchner zitiert nach AllGouv (2012): Internetquelle.

betonte damals Bernard Kouchner, Außenminister unter Präsident Nicolas Sarkozy. Kritiker meinen jedoch, dass der neue Name der Institution lediglich kosmetischer Natur sei, den Personalabbau begünstige und somit keine echten Veränderungen mit sich bringe. Offiziell hat die DGM das Ziel, für durch die Globalisierung entstehenden Herausforderungen Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Konkret geht es hierbei beispielsweise um die globale Klimaerwärmung, Erhaltung der Artenvielfalt, den Kampf gegen Armut sowie die Verbesserung der Gesundheitsversorgung. Darüber hinaus hat sich die DGM der Erreichung und Umsetzung der *Millennium Development Goals* verschrieben³⁶. Es ist außerdem die Aufgabe der DGM, zu

“[...] veiller à ce que le gouvernement dispose des outils et de l’expertise nécessaires pour mener l’action extérieure de la France, au niveau de la coopération internationale et de l’aide au développement ainsi que de la diplomatie culturelle et d’influence, de la manière la plus efficace possible : à travers des analyses complètes, la conception de politiques publiques, des négociations, des partenariats, et une expertise en matière de développement et de communication³⁷.”

3.2 Nichtstaatliche Akteure

Der französische Staat hat aufgrund der kolonialen Vergangenheit in Afrika auch heute noch erheblichen Einfluss auf seine einstigen Kolonien. Doch seit der Dekolonisierungswelle der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts haben auch andere Länder ihr Interesse kundgetan und sind nun am afrikanischen Kontinent aktiv. Darüber hinaus sind nicht nur Staaten in Afrika tätig, sondern auch diverse Nichtregierungsorganisationen, Unternehmen aus der Privatwirtschaft, Lobbyisten sowie ortsansässige Vereinigungen. Sie alle machen Frankreich, als vorherrschende nicht-afrikanische Dominanz in Afrika, Konkurrenz und arbeiten nicht immer im Einklang mit den französischen Projekten und deren Zielen. Außerdem sieht sich der französische Staat zunehmend durch den wachsenden Einfluss Chinas in Afrika in seiner

³⁶ AllGouv (2012): Internetquelle.

³⁷ AllGouv (2012): Internetquelle.

Vormachtstellung gefährdet³⁸. Yves Gounin betont in seinem 2009 erschienenen Werk *La France en Afrique*, dass Frankreich selbst als Akteur der Entwicklungszusammenarbeit nicht als homogenes Gebilde gesehen werden darf, sondern dass die unterschiedlichen Interessen, die nicht nur der Staat, sondern auch diverse nichtstaatliche Akteure verfolgen, als heterogenes Gebilde betrachtet werden müssen: „Parler de „la France“ en Afrique, c’est supposer que la France parle d’une seul (sic!) voix et met en œuvre une action cohérente. Ce postulat de la théorie classique est mis à mal par la sociologie des relations internationales qui insiste sur la diversité des acteurs et la pluralité des agendas³⁹.“ Im Ausland vertritt für gewöhnlich der Botschafter/ die Botschafterin die Interessen des französischen Staates vor Ort und sollte diese auch als homogen präsentieren. Nichtsdestotrotz kann der Botschafter/ die Botschafterin jedoch nur die Interessen der staatlichen, jedoch nicht jene der nichtstaatlichen Akteure vertreten. Anders gesagt ist es nur möglich, die Interessen und Ziele Frankreichs zu koordinieren, aber nicht jene der französischen Bürger, da dies den Einflussbereich des Botschafters/ der Botschafterin übersteigt. Die Entstehung neuer Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit stellt für Frankreich also eine Herausforderung dar, da diese neuen Akteure nicht im Sinne der französischen Interessen agieren könnten⁴⁰.

Ortsansässige Vereinigungen (*Collectivités locales*)

Im Laufe der Zeit hat der französische Staat eine enge Verbindung zu den diversen ortsansässigen Vereinigungen aufgebaut, um einerseits etwaige Meinungsverschiedenheiten mit selbigen zu verhindern und um andererseits durch eine enge Zusammenarbeit Synergieeffekte hinsichtlich der Entwicklungsprojekte zu erzeugen. Mittlerweile haben beide Seiten erkannt, dass von einer Zusammenarbeit alle Beteiligten profitieren, wenn der Staat und ortsansässige Vereinigungen ihre Kräfte vereinen. Im Zuge dessen wurde 1983 im Außenministerium eigens ein Posten für die Zusammenarbeit mit ortsansässigen Vereinigungen eingerichtet (*DAECL – Délégué à l’action*

³⁸Gounin (2009): 147f.

³⁹Gounin (2009): 148.

⁴⁰Gounin (2009): 148, 152.

extérieure des collectivités locales), die selbigen auch eine Datenbank mit laufenden Projekten zur Verfügung stellt, um die gemeinsamen Projekte besser auf einander abstimmen zu können. Darüber hinaus bietet das Außenministerium in diesem Zusammenhang auch Seminare über die Länder an, in denen Entwicklungsprojekte implementiert werden sollen. Somit können die *collectivités locales* von den bereits gesammelten Informationen profitieren und durch die Zusammenarbeit auch auf Hilfe vom Staat zählen, wenn es aufgrund von finanziellen oder rechtlichen Gründen der Vereinigung selbst nicht möglich ist, bestimmte Probleme selbst zu lösen. Außerdem werden sowohl staatliche Entwicklungsprojekte als auch jene von *collectivités locales* vom jeweils anderen Partner kofinanziert: für die ortsansässige Vereinigung bedeutet dies die Möglichkeit der Realisierung größerer Projekte, wobei der Staat ebenfalls durch die Gelder der *collectivités locales* profitiert, da er mit einer geringeren finanziellen Belastung rechnen kann. Der Betrag, den die Vereinigungen somit zur offiziellen Entwicklungshilfe Frankreichs beisteuern, beläuft sich immerhin auf rund 150 Millionen Euro, die das ohnehin bereits von Kürzungen betroffenen staatliche Budget für Entwicklungszusammenarbeit etwas aufbessern. Dennoch ist die Beziehung zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren der französischen Entwicklungszusammenarbeit oft von gegenseitigem Misstrauen gezeichnet. Nichtstaatliche Akteure kritisieren einerseits an der staatlichen französischen Entwicklungszusammenarbeit, dass diese aufgrund von administrativer Arbeiten zu langsam arbeite, andererseits erbitten sie sie sofort um Unterstützung und Schutz, wenn ihre wirtschaftliche Position geschwächt ist. Gounin spricht in diesem Zusammenhang von einer „Schizophrenie“ der *collectivités locales* in Bezug auf die Beziehung mit staatlichen Akteuren der französischen Entwicklungszusammenarbeit⁴¹.

Nichtregierungsorganisationen (*Organisations non-gouvernementales*)

Wie schon vorher bei den *collectivités locales* beschrieben, ist auch die Beziehung zwischen dem französischen Staat und NROs von einer Art „Schizophrenie“ gekennzeichnet. Hierbei befürchten die NROs vor allem, vom Staat instrumentalisiert und mundtot gemacht zu werden, während staatliche

⁴¹Gounin (2009): 152ff.

Akteure oft kein Interesse daran haben, mit NROs zu kooperieren und Entwicklungsprojekte gemeinsam zu gestalten. Obwohl sich die schwierige Beziehung zwischen dem Staat und den NROs in den letzten Jahren etwas verbessert hat, herrscht immer noch etwas Misstrauen zwischen den beiden Seiten. Während in Ländern wie Kanada, den USA oder den Niederlanden der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe, der von den NROs eingesetzt wird, sich auf über zehn Prozent beläuft, so macht dieser Anteil in Frankreich nur rund zwei Prozent aus. Daraus lässt sich schließen, dass die französischen Nichtregierungsorganisationen einen weit geringeren Stellenwert haben als ihre Pendants in anderen Industrieländern. Da alle Beteiligten Akteure im Laufe der Jahre erkannt haben, dass eine Zusammenarbeit von Vorteil ist, wurden Netzwerke und Strukturen zur besseren Kommunikation implementiert. So sind hier beispielsweise die Plattform *Coordination Sud*, die alle französischen NROs umfasst, die MAAIONG (*Mission d'appui à l'action internationale des ONG*), die die Schnittstelle zwischen den NROs und dem Außenministerium darstellt, sowie die CCD (*Commission Coopération Développement*), eine Institution mit Beratungsfunktion, der sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure zugehörig sind, zu nennen. Zu den bedeutendsten französischen NGOs zählen heute *Action contre la faim*, CCFD (*Comité catholique contre la faim et pour le développement*) sowie die bereits international agierenden *Médécins sans Frontières*⁴².

Ein weiterer wesentlicher Grund, warum in Frankreich die NROs nur wenig zur Gesamtheit der französischen Entwicklungszusammenarbeit beitragen, ist dass sie nur in seltenen Fällen vom Staat (mit-)finanziert werden. Viele von ihnen hängen neben den Spenden von Firmen und Privatpersonen hauptsächlich von Finanzspritzen aus der Europäischen Union oder der UNO ab. Obwohl Frankreich in Europa zu den größten Gebern von Entwicklungshilfegeldern zählt, ist keine französische Nichtregierungsorganisation unter den fünf größten europäischen NROs im Bereich Entwicklung zu finden. Da sie von staatlicher Seite keine Unterstützung erfuhren, konnten die französischen NROs aufgrund ihrer geringen Größe und ihres geringen Stellenwerts keine entscheidende

⁴²Gounin (2009): 155f.

Rolle in der französischen Entwicklungszusammenarbeit spielen⁴³.

4. Die französische Sprache als Vehikel der Machterhaltung

Französisch ist auch heute noch eine der am meisten gesprochenen Sprachen weltweit. Der Aufbau dieser sprachlichen Großmacht ist jedoch alles andere als ein schierer Zufall: Durch stete Maßnahmen sowohl innerhalb als auch außerhalb Frankreichs, durch die Kolonisierung und nicht zuletzt durch die Institutionalisierung der Frankophonie genießt die französische Sprache einen hohen Stellenwert in unserer globalisierten Welt. Es ist daher wenig verwunderlich, dass der Erhalt und die Verbreitung der französischen Sprache auch in der Entwicklungszusammenarbeit Frankreichs eine große Bedeutung haben. Aufgrund dessen sollen in diesem Kapitel das Konzept der Frankophonie sowie die institutionalisierte Frankophonie (*Organisation Internationale de la Francophonie, OIF*) Gegenstand der Untersuchung sein.

La francophonie versus la Francophonie

Wenn im Deutschen von „Frankophonie“ die Rede ist, so muss man sich bewusst machen, dass es sich dabei um einen mehrdeutigen Begriff handelt, wobei die deutsche Sprache bei der unmittelbaren Betrachtung des Wortes selbst keine Differenzierung zulässt. Im Französischen hingegen wird genau zwischen *La francophonie* (kleines f) und *la Francophonie* (großes f) unterschieden. Ersteres bezeichnet die Summe aller Staaten (vorwiegend im von Frankreich aus gesehenen Ausland), in denen die französische Sprache das (zumindest teilweise) im Alltag vorherrschende Idiom ist. Solche Staaten sind mit der Ausnahme Australiens in allen Kontinenten unseres Planeten vorzufinden. Der Begriff *La Francophonie* hingegen steht für die „internationale politische Organisation von Staaten und Regierungen sowie einer Vielzahl von Institutionen, die im Dienste der internationalen Organisation der Frankophonie stehen“⁴⁴. Der in der Literatur viel erwähnte *espace francophone* wiederum steht für all jene Länder, die durch die französische Sprache, Geschichte und Kultur

⁴³Lancaster (2007): 166f.

⁴⁴Erfurt (2005): 10f.

beeinflusst wurden, auch wenn diese Länder selbst gar nicht frankophon sind. Da es sich hier um einen rein ideologischen Terminus handelt, kann sich der *espace francophone* auch auf Staaten, die die französische Sprache nicht nutzen, erstrecken⁴⁵. Aufgrund des Fehlens einer eindeutigen Definition einer „frankophonen“ Person unterscheiden sich auch die Schätzungen bezüglich der Zahl der Frankophonen gewaltig: Während Erfurt in seinem Werk von gegenwärtig etwas mehr als 100 Millionen Menschen mit Französisch als Erst- oder Zweitsprache schreibt, behauptet die OIF es handle sich hierbei um mehr als 890 Millionen Menschen „ayant en partage l'usage de la langue française et le respect des valeurs universelles“⁴⁶.

4.1 Die *Organisation Internationale de la Francophonie* (OIF)

Entstehungsgeschichte

Bis zum heutigen Tag gibt es in der Wissenschaft keine einstimmige Meinung zum genauen Entstehungsprozess der *Francophonie*, da diesbezüglich noch große Forschungslücken existieren. Riesz ist hier der Ansicht, dass die 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts eine entscheidende Rolle in der Bildung und Institutionalisierung der *Francophonie* gespielt haben. Hierbei macht er auf ein besonderes Spannungsverhältnis aufmerksam: einerseits sollte das über zwei Jahrhunderte lang angesammelte Wissen und das koloniale Erbe in eine neue Zeit übertragen werden, doch andererseits sollte die neue *Francophonie* nicht den Eindruck erwecken, neokoloniale Ziele hinsichtlich der Sprach- und Assimilierungspolitiken zu verfolgen. Die Gründungszeit der *Francophonie* ist von Paradoxien durchzogen, waren es doch vor allem afrikanische Politiker und Eliten, die unmittelbar nach der Unabhängigkeit vom Kolonialherrn Frankreich sich für die Institutionalisierung der *Francophonie* einsetzten. 1961 wurde schließlich die UAM (*Union africaine et malgache*) gegründet, welche die erste Institution war, die die frankophonen Staaten umfasste. 1965 wurde die UAM in die OCAM (*Organisation commune africaine et malgache*) umgewandelt, auf deren ersten Gipfeltreffen der damalige senegalesische Präsident Senghor die

⁴⁵Erfurt (2005): 10ff.

⁴⁶Erfurt (2005): 14; OIF (2013): Internetquelle.

Idee eines „Commonwealth à la française“ einbrachte. Charles de Gaulle hingegen, zur damaligen Zeit französischer Staatspräsident, verhielt sich dieser Idee gegenüber eher skeptisch, da er fürchtete, sich mit dem Vorwurf des Neokolonialismus konfrontiert zu sehen⁴⁷.

Riesz meint hierzu jedoch, dass bereits im Vorfeld der Dekolonisierung in den 1950er Jahren in West- und Zentralafrika so genannte französische Kulturzentren gegründet wurden, denen hauptsächlich bildungspolitische und kulturelle Aufgaben zugeordnet waren. Auch ökonomisch gesehen hat die Dekolonisierungswelle in den 1960er Jahren keine großen Veränderungen in den franko-afrikanischen Beziehungen gebracht, da zwischen Frankreich und seinen ehemaligen Kolonien immer noch starke Geldflüsse nachweisbar waren. Riesz zieht aus diesen Erkenntnissen folgende bedeutende Schlussfolgerung: „Die ‚Frankophonie‘ musste nach der politischen Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten nicht erst erfunden werden, es gab sie bereits⁴⁸.“

Der Beginn der offiziellen Institutionalisierung der Frankophonie fand schließlich im Jahr 1970 statt. Da viele afrikanische Länder und auch Kanada (beziehungsweise der Québec) bestrebt waren, die Frankophonie zu eigenen, nationalen Zwecken zu nutzen, drängten sie auf einen erneuten Zugang zu internationaler Zusammenarbeit, der ihnen die Institutionalisierung der Frankophonie ermöglichen sollte. Somit wurde im März 1970 in Niamey das Gründungsdokument der *Agence de Coopération culturelle et technique* (ACCT) von 21 Regierungen unterfertigt. Um eventuell auftretende Vorwürfe eines neokolonialen Bestrebens zu umgehen wurde in jener Gründungscharta jedoch der Terminus „Frankophonie“ bewusst vermieden. Unter der Leitung von Jean-Marc Léger avancierte die ACCT jedoch zur wichtigsten Institution für die wirtschaftliche, kulturelle und politische Kooperation von frankophonen Staaten. 1986 berief der damalige französische Staatspräsident Mitterrand erstmals eine Gipfelkonferenz aller frankophonen Länder in Versailles ein. Von diesem Zeitpunkt an fand bis heute alle zwei Jahre eine Gipfelkonferenz statt, womit die Frankophonie als Akteur auf internationaler Ebene zunehmend an Bedeutung

⁴⁷Erfurt (2005): 123f.

⁴⁸Riesz zitiert nach Erfurt (2005): 124.

gewann⁴⁹.

4.1.1 Ziele und Missionen

Die OIF definiert ihre Ziele in der 1997 ins Leben gerufenen Charta, welche 2005 in Antananarivo überarbeitet wurde, wie folgt:

- Schaffung und Entwicklung einer Demokratie
- Konfliktprävention und –management sowie Unterstützung des Rechtsstaats und der Menschenrechte
- Verstärkung des Dialogs zwischen Kulturen und Zivilisationen
- Gegenseitige Annäherung der Völker mittels Wissenserwerb über selbige
- Verstärkung der Solidarität durch multilaterale Zusammenarbeit, um die Wirtschaft zu beflügeln
- Stärkung der Bildung und Ausbildung⁵⁰

Um diese Ziele erreichen zu können, setzt die OIF auf diese Missionen:

- Förderung der französischen Sprache sowie der kulturellen und sprachlichen Vielfalt
- Unterstützung des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte
- Förderung des Bildungssektors (Ausbildung, Hochschulbildung sowie Forschung)
- Aufbau der Kooperation um nachhaltige Entwicklung zu erreichen⁵¹

Bei genauerer Betrachtung dieser Missionen stellen sich hierbei jedoch essentielle Fragen zum Selbstverständnis der Frankophonie und zum Stellenwert, den sie sich selbst einräumt: Inwiefern kann oder soll die Förderung der französischen Sprache zur Erreichung der oben angeführten Ziele führen? Durch diese Mission wird klar, dass die *Francophonie* der Ansicht ist, dass das Französische immer noch wie in alten Zeiten eine prestigeträchtige Sprache ist, die offenbar den lokalen Sprachen überlegen sei. Darüber hinaus vertrete ich die Meinung, dass (in Bezug auf die erstgenannte

⁴⁹Erfurt (2005): 128ff.

⁵⁰OIF (2013): Internetquelle.

⁵¹Erfurt (2005): 135.

Mission) eine Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt nur schwer mit der Förderung der französischen Sprache einhergehen kann, da es ja ein Ziel ist das Französische verstärkt zu etablieren. Hier ist auch von großer Bedeutung, dass Frankreich selbst seit Jahrhunderten sehr darum bemüht ist, Minderheitensprachen im eigenen Land bestmöglich zu Gunsten des Französischen auszumerzen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das im südlichen Frankreich praktizierte Okzitanisch, welches durch die aggressive französische Sprachpolitik in den letzten Jahrzehnten einen starken Rückgang an aktiven Sprechern erfahren musste. Selbst in den *Départements et Régions d’Outre-Mer* sowie in den *Collectivités d’Outre-Mer* gilt der Artikel 2 der französischen Verfassung : “La langue de la République est le français⁵².” Dieser Satz lässt keinerlei Spielraum für eine erdenkliche Förderung der sprachlichen Vielfalt in Frankreich selbst, womit die erste Mission der OIF äußerst fragwürdig erscheint, da die Verfassung keinerlei Spielraum für weitere Amts- und Verkehrssprachen lässt.

4.2 *Pacte linguistique* und die Bedeutung des Französischen in der Welt

Im Rahmen der französischen Sprachpolitik haben nicht-frankophone Mitgliedsländer der OIF die Möglichkeit, auf eigenen Wunsch mit Frankreich einen Sprachpakt zu unterzeichnen. Dieser Pakt soll die Förderung der französischen Sprache im betreffenden Staat vorantreiben und unterstützen. Das erste Land, welches einen solchen Pakt unterschrieben hat, ist der Libanon. In Montreux wurde im Oktober 2010 anlässlich des Frankophonie-Gipfels der Vertrag zur Stärkung der französischen Sprache in der gesamten libanesischen Gesellschaft unterzeichnet. Hierbei wird jedoch immer wieder betont, dass die Erhaltung der sprachlichen Vielfalt im Libanon ein wichtiger Aspekt des Pakts sei, wobei nur wenig später erwähnt wird, dass die Verwendung des Französischen im Gegensatz zum Englischen in den letzten Jahrzehnten drastisch zurückgegangen sei. Das zeigt sich sowohl im Bildungssektor als auch in den Medien, wo Englisch in den letzten Jahren massiv an Stärke gewonnen hat. Nur wenig verwunderlich ist es deshalb, dass der Sprachenpakt mit der OIF vorrangig genau auf diese beiden Bereiche der

⁵²Académie Française (2013): Internetquelle.

Gesellschaft abzielt. Konkret soll der Pakt, dessen Wert bei rund einer Million Euro liegt, im Bildungsbereich Sprachkurse für Lehrkräfte zur Verfügung stellen sowie eine Wiedereinführung einer zweiten lebenden Fremdsprache als Pflichtgegenstand bei der Matura und beim *Brevet* umsetzen. Diese Maßnahme stellt jedoch eine tiefgreifende Veränderung im libanesischen Bildungssystem dar, da durch den *Pacte linguistique* Lehrpläne neu- beziehungsweise umgeschrieben werden müssen und zusätzliche Lehrkräfte sich eine entsprechende Sprachkompetenz in Französisch aneignen müssen. Darüber hinaus soll nicht nur das Bildungs- sondern auch das Militärwesen in den Sprachenpakt mit der OIF einbezogen werden: der Pakt sieht unter anderem Intensivsprachkurse für über 10.000 libanesische Soldaten vor. Weiters soll im Rahmen des Sprachenpakts auch das Französische in der libanesischen Administration und Verwaltung verstärkt werden, da die libanesische Rechtsprechung laut Delacloche offenbar ohnehin sehr stark auf der französischen Rechtsprechung beruht⁵³.

Hier stellen sich allerdings bei näherer Betrachtung einige Fragen: Warum greift die *Organisation Internationale de la Francophonie* mit ihrem Sprachenpakt in das libanesische Heer, die Verwaltung, die Medienlandschaft und ins Bildungswesen so massiv ein? Gewisse wirtschaftlich motivierte Intentionen lassen sich wohl kaum von der Hand weisen, da bei einer Förderung der französischen Sprache im Libanon es auch französische Unternehmen leichter haben, wenn lokale (billige) Arbeitskräfte, welche bereits der französischen Sprache umfassend mächtig sind, für den eigenen Betrieb gewonnen werden können und außerdem der Weg für französischsprachige Investoren dadurch geebnet wird. Darüber hinaus ist ein Umgang mit der libanesischen Verwaltung und deren Behörden sicherlich leichter, wenn diese Französisch sprechen.

Auch Abdou Diouf, aktuell Generalsekretär der OIF und ehemaliger senegalesischer Präsident, ist der Meinung, dass die französische Sprache offenbar den lokal verwendeten Sprachen überlegen und für die Entwicklung eines Landes sehr von Vorteil ist: „Le français n'est pas seulement le porte-étendard de la diversité culturelle, c'est aussi la langue du développement. Elle

⁵³Delacloche (2011): Internetquelle.

est utile⁵⁴.“ Doch inwiefern soll das Französische einem Land zur Entwicklung verhelfen? Eine wirtschaftliche Motivation, wie schon vorher erwähnt, ist hier offenkundig, jedoch wäre es ökonomisch gesehen doch weit sinnvoller, sich dem Weltmarkt mit Hilfe der englischen Sprache zu öffnen, da diese ein breiteres Feld an Anbindung in die Weltwirtschaft ermöglicht als es das Französische tun könnte.

Doch die OIF war bei weitem nicht immer wirtschaftlich orientiert: erst seit Ende des 20. Jahrhunderts reorientierte sich die *Francophonie* von einer Plattform der frankophonen Staaten dieser Welt zu einem international agierenden Akteur, der nun insbesondere Wert auf die Erhaltung der Menschenrechte und auf den internationalen Handel legt. Um den hegemonialen Ansprüchen der Vereinigten Staaten von Amerika (und der restlichen anglophonen Welt) zu begegnen, arbeitet die OIF verstärkt mit lusophonen und hispanophonen Organisationen zusammen, um eine drohende Universalisierung und Anglisierung der Welt zu verhindern. Dies lässt sich insbesondere dadurch festmachen, dass die OIF in ihren Zielen und Missionen klar festhält, die kulturelle und sprachliche Vielfalt erhalten zu wollen und gegen eine einheitliche Verwendung des Englischen zu kämpfen. Seit der Wende von einer reinen Sprachenorganisation zum Global Player ist die OIF auch immer mehr an Entwicklungsprojekten im Ausland zur Friedenssicherung, Demokratieerhalt- und Aufbau, Förderung der Bildung sowie zur Umsetzung der Menschenrechte beteiligt beziehungsweise intiiert diese⁵⁵.

Von den oben erwähnten Zielen und Missionen abgesehen finden sich im Internet und in den Bibliotheken leider nur wenige Daten über die genauen Tätigkeiten der OIF. Das stellt auch Jürgen Erfurt in seinem Buch *Frankophonie* fest: die Berichterstattung über die Projekte der OIF ist nur wenig aussagekräftig und umfasst nicht annähernd die Vielfalt, die den durchgeführten Projekten zu Grunde liegt. Obwohl es von der *Francophonie* selbst herausgegebene Berichte über ihre Tätigkeit gibt, sind diese weder im Internet

⁵⁴Diouf zitiert nach Le Fol (2013):Internetquelle.

⁵⁵Erfurt (2005): 140.

noch in den in der Nähe befindlichen Bibliotheken zu finden⁵⁶.

Auch auf der offiziellen Homepage der *Organisation Internationale de la Francophonie* werden keine genauen Informationen zu laufenden oder vergangenen Projekten gegeben, es werden lediglich die Tätigkeitsfelder, in denen operiert wird, genannt.

4.3 Probleme und Herausforderungen der OIF

Auch die Republik Österreich, obwohl sie kein frankophoner Staat ist, ist seit 2004 Mitglied der OIF und hat bis heute einen Beobachterstatus inne. So wie Österreich weisen auch 18 andere Länder diesen Status auf, 56 Staaten sind Vollmitglieder der *Organisation Internationale de la Francophonie*. Mit einer solchen Vielfalt an Ländern, die, so wie auch der frankophone Sprachraum, sich über den gesamten Globus erstreckt, ist es wenig verwunderlich, dass die Mitglieder der OIF sowohl auf sprachlicher als auch auf sozialer und politischer Ebene ein überaus heterogenes Gebilde darstellen. Darüber hinaus wird die französische Sprache von den verschiedenen sozialen Gruppen zu unterschiedlichen Zwecken und mit unterschiedlichem Hintergrund verwendet – Französisch zu sprechen bedeutet also, jemanden aus einer bestimmten sozialen Gruppe auszuschließen oder in diese zu inkludieren. Zweifelsohne vertritt die OIF neben den aktuellen Hauptzielen (Erhaltung der Menschenrechte und wirtschaftliche Interessen) auch die Tendenz zu hegemonialen Ansätzen; wobei die Frankophonie selbst als Kampfarena für politische, kulturelle und soziale Machtausübung zu sehen ist. Das zeigt sich insbesondere in der Einstellung in Bezug auf kulturelle und sprachliche Vielfalt. Wer sich ein wenig mit den verschiedenen Varianten der französischen Sprache beschäftigt hat, wird sehr schnell festgestellt haben, dass es keineswegs nur ein einziges Standardfranzösisch gibt, sondern die länderspezifischen Sprachvarietäten des Französischen sich sowohl grammatikalisch, phonetisch als auch lexikalisch von dem in Frankreich gesprochenen Idiom unterscheiden. Es kann daher nicht von nur einem einzigen Französisch gesprochen werden, sondern lediglich von vielen verschiedenen Varietäten der französischen

⁵⁶Erfurt (2005): 150.

Sprache. Selbstverständlich waren diese Unterschiede bereits Thema mehrerer Debatten über die Praxis des Französischen sowie über dessen grammatikalische, syntaktische und lexikalische Anwendung. Den verschiedenen Varietäten der Sprache kommt jedoch auch eine soziale Konnotation zu: ohne Frage ist das in Frankreich gesprochene Französische mit einem höheren Stellenwert in der OIF bedacht als das Pendant, welches beispielsweise im Senegal gesprochen wird. Dies stellt auch ein massives Mittel der Machtausübung durch Sprache dar⁵⁷.

⁵⁷Erfurt (2005): 165f.

5. Die französische Entwicklungszusammenarbeit im Wandel der Zeit

5.1 Interessen und Ziele der französischen Entwicklungszusammenarbeit

Obwohl die hier betrachteten Amtszeiten der drei französischen Staatspräsidenten von unterschiedlichen Interessen geprägt waren, lassen sich einige gemeinsame Intentionen der französischen Afrikapolitik und Entwicklungszusammenarbeit feststellen:

- Diplomatische Interessen

Als in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts in den französischen Kolonien erste Unabhängigkeitsbestrebungen aufkeimten, war schnell klar, dass Frankreich nicht in allen betroffenen Ländern gegen die Unabhängigkeit dieser Staaten kämpfen konnte. Um den französischen Einfluss in den Ex-Kolonien, sowie die dortige politische Stabilität aufrecht zu erhalten, entschied sich die Politik, dies mittels der Ausschüttung von Entwicklungshilfegeldern zu tun. Auch die Bestrebungen der USA, sich Einfluss im frankophonen Afrika auf diesem Weg zu sichern, spielten eine entscheidende Rolle in diesem Zusammenhang. Die afrikanischen Staaten, in denen Frankreich entwicklungspolitisch tätig war, verhalfen dem Land zu dem Status einer Weltmacht, die – so wie auch die USA – über einen großen Einflussbereich verfügte. Französische Politiker betonten an dieser Stelle immer wieder, dass Frankreich ohne seine afrikanischen Ex-Kolonien lediglich eine Weltmacht dritten Grades sei. Die Autorin Carol Lancaster beschreibt das Bestreben Frankreichs, seine Sprache, Werte und Kultur weltweit zu verbreiten als *besoin de rayonnement* oder – wie es im Englischen heißen würde - *aspiration to shine*⁵⁸.

- Der Klientelismus in afrikanischen Staaten

Die Involvierung Frankreichs in die Angelegenheiten afrikanischer Staaten garantiert dem Land neben einem gewissen Grad an Mitsprache natürlich auch die Verbreitung der französischen Sprache und erhöht massiv die

⁵⁸Lancaster (2007): 146f.

Wahrscheinlichkeit, dass das betreffende Land in nationalen sowie in internationalen Fragen auf der Seite Frankreichs steht und ihm den Rücken stärkt. Dies war beispielsweise Anfang der 2000er Jahre der Fall, als Frankreich mit Erfolg versuchte (beziehungsweise der damalige französische Außenminister Dominique de Villepin) sämtliche afrikanische Länder davon zu überzeugen, im französischen Interesse in Bezug auf den Irak-Krieg im UNO-Sicherheitsrat zu stimmen⁵⁹. Hierbei standen vor allem die guten persönlichen Beziehungen der französischen und der afrikanischen Eliten im Vordergrund – die Zusammenarbeit zwischen nationalen Organisationen und den Zivilbevölkerungen war nur von geringer Bedeutung. Die Beziehung der französischen und afrikanischen Eliten waren und sind auch heute noch hierarchisch geprägt.⁶⁰

- Ökonomische Interessen

Zweifelsohne verfolgt Frankreich – wie auch viele andere Staaten – ökonomische Interessen in Afrika. Insbesondere der Zugang zu Rohstoffen spielt hier eine erhebliche Rolle. Neben den entwicklungspolitischen Bestreben Frankreichs in Afrika zeugen auch die Abkommen von Lomé und Cotonou von der Absicht, Rohstoffe zu günstigen Konditionen erwerben zu können. Insbesondere der Erwerb von Uranium zur Aufrechterhaltung der französischen Atompolitik findet in Afrika statt, da immerhin ein Viertel des gesamten französischen Urans von Niger bereitgestellt wird⁶¹. Auch die gemeinsame Vergangenheit Frankreichs mit seinen Kolonien stellt natürlich ein Verbundenheitsgefühl her, das die ehemalige Kolonialmacht emotional an seine Kolonien bindet et vice versa. Der somit vereinfachte Zugang zu ausländischen Märkten und Rohstoffen führt dazu, dass Frankreich und andere Kolonialmächte der Vergangenheit seither den Fokus ihrer Außen- und Entwicklungspolitik insbesondere auf ihre ehemaligen Kolonien richten. Ein beliebter Weg, um ökonomische Interessen in Entwicklungsländern geltend zu machen, ist an Konditionalitäten geknüpfte Entwicklungshilfe. Ist ein Geberland sehr an den Rohstoffen eines Empfängerlandes interessiert, so hat es die Möglichkeit, seine Entwicklungshilfe auf die Gewinnung von Ressourcen zu

⁵⁹ Minfenda (2005): 75.

⁶⁰ Moncrieff (2004): 58f.

⁶¹ Melly, Darracq (2013): 3.

konzentrieren. Somit kann es vom effizienteren Abbau der Rohstoffe selbst profitieren. Auch Forderungen nach der Änderung der Staatsform zu einer Demokratie sind nicht nur im Interesse des Empfängerlandes zu sehen, sondern stellt auch sicher, dass der soziale Frieden im Land bestehen bleibt und die lokale Wirtschaft erstarkt, um eine fruchtbare ökonomische Kooperation mit dem Geber zu ermöglichen⁶².

- Humanitäre Gründe

Frankreich gilt seit jeher als Ursprungsland der Menschenrechte sowie seit der französischen Revolution als jenes Land, in dem Grundsätze wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit von ganz besonders großer Bedeutung sind. Selbstverständlich sind diese Prinzipien auch zum Teil eine wichtige Grundlage für die Gestaltung der französischen Außen- und Entwicklungspolitik und sichern dem Staat die Zustimmung der Bevölkerung für den freiwilligen Abzug von Kapital ins Ausland.

5.2 Die räumliche Konzentration der französischen Entwicklungszusammenarbeit

Im Rahmen der großen Reform der französischen Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 1998 (näheres dazu im Kapitel zur Präsidentschaft von Jacques Chirac) wurde auch das Einflussgebiet der französischen Entwicklungshilfe neu abgesteckt. Diese Redefinition hatte den Zweck, auch andere Länder als die ehemaligen Kolonien in die Reichweite der französischen Entwicklungszusammenarbeit zu bringen und das vormalige *pré carré* (Gesamtheit der früheren Kolonien Frankreichs) zu ersetzen. Die ins Leben gerufene *Zone de Solidarité Prioritaire* (ZSP) besteht heute aus insgesamt 54 Ländern, von denen allerdings ein Großteil Bestandteil des früheren französischen Kolonialreichs war. Die wichtigsten Kriterien für eine erfolgreiche Aufnahme in die ZSP sind eine verantwortungsvolle Regierungsführung sowie die Wirtschaftsleistung des betreffenden Landes. Doch um einige Diktatoren, mit denen Frankreich seit langem gute Beziehungen pflegt, nicht zu verärgern, wurden auch Staaten mit nicht-

⁶² Degnol-Martinussen; Engberg-Pedersen (2005): 13.

demokratischen Regierungsformen in die ZSP aufgenommen⁶³. Die französische Regierung definiert die ZSP konkret als Raum

„où l'aide publique, engagée de manière sélective et concentrée peut produire un effet significatif et contribuer à un développement harmonieux des institutions, de la société et de l'économie. Elle se compose de pays parmi les moins développés en terme de revenus, n'ayant pas accès au marché des capitaux et avec lesquels la France entend nouer une relation forte de partenariat dans une perspective de solidarité et de développement durable⁶⁴ [...]”

Die Aufnahme in die Zone de Solidarité Prioritaire erfolgt zum Zweck gewisse Entwicklungsziele erreichen zu können:

- Konsolidierung des Staats und Einrichtung einer Demokratie
- Nachhaltiger Aufbau einer ausgeglichenen und soliden Wirtschaft
- Sicherstellung der sozialen Grundbedürfnisse
- Nachhaltige Ressourcenverwendung und Umweltschutz
- Förderung partizipativer Entwicklungsprogramme
- Stabilität des Landes⁶⁵

Aktuell zählen folgende Länder zur *Zone de Solidarité Prioritaire*: Libanon, Palästina, Jemen, Algerien, Marokko, Tunesien, Südafrika, Angola, Benin, Burkina, Burundi, Kamerun, Cap-Verde, Zentralafrika, die Comoron, der Kongo, die Elfenbeinküste, Djibouti, Eritrea, Äthiopien, Gabon, Ghana, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Äquatorialguinea, Kenia, Liberia, Madagaskar, Mali, Mauritien, Mozambique, Namibia, Niger, Nigeria, Uganda, die Demokratische Republik Kongo, Rwanda, Sao-Tomé-et-Principe, Senegal, Sierra Leone, Surdan, Tanzania, Tschad, Togo, Zimbabwe, Kambodscha, Laos, Vietnam, Kuba, Haiti, die dominikanische Republik, Surinam sowie Vanuatu⁶⁶.

⁶³ Gillet (2005): Internetquelle.

⁶⁴ France Diplomatie (o.J.) : Internetquelle.

⁶⁵ France Diplomatie (o.J.) : Internetquelle.

⁶⁶ France Diplomatie (o.J.) : Internetquelle.

5.3 Die Ära Mitterrand (1981-1995)

5.3.1 Globaler Kontext und internationales Geschehen

Das Ende des Kalten Krieges

Auf den ersten Blick scheint das Ende des Kalten Krieges keine direkten Auswirkungen auf Frankreichs Afrikapolitik zu haben. Bei etwas genauerer Betrachtung sind jedoch Veränderungen hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit bemerkbar. Mit dem Fall der Sowjetunion, der daraus resultierenden zeitgleichen Entstehung vieler neuer, osteuropäischer Staaten und deren damals angekündigter Integration in die Europäische Union sahen sich viele afrikanische Länder mit einer Verschiebung der Hilfgelder von Süden nach Osten konfrontiert. Das plötzliche Auftauchen neuer „Entwicklungsländer“ auf dem Markt stellte für viele afrikanische Staaten ein Problem dar, da sie darum fürchten mussten, die ihnen von Frankreich zugestandene Hilfe ganz oder teilweise an osteuropäische Länder zu verlieren. Die Gelder der Entwicklungshilfe aus Frankreich und anderen Gebern waren fortan keine Selbstverständlichkeit mehr, sondern mussten gegen die neuen osteuropäischen Staaten erkämpft und verdient werden. Darüber hinaus verloren autoritäre Regimes und Diktaturen in Afrika die französische Unterstützung. In der berühmten und viel zitierten Rede von François Mitterrand in La Baule im Jahr 1990 wurde erstmals festgelegt, dass Staaten mit autoritären Regierungsformen nicht länger vom französischen Staat unterstützt würden, da die französische Entwicklungshilfe in Afrika fortan „plus tiède en face des régimes qui se comporteraient de façon autoritaire, sans accepter l'évolution vers la démocratie⁶⁷“ sein werde. Mit der Entwicklung in Richtung Demokratie bezog sich Mitterrand vor allem auf die voranschreitende weltweite Demokratisierung in bis dahin autoritär geführten Staaten wie Chile, Panama, Südkorea, den Philippinen usw.⁶⁸.

Der Fall der Berliner Mauer

⁶⁷ Mitterrand zitiert nach Gounin (2009): 41.

⁶⁸ Gounin (2009):40ff.

Auch der Fall der Berliner Mauer scheint auf den ersten Blick keine unmittelbaren Auswirkungen auf die franko-afrikanischen Beziehungen zu haben. Das abnehmende Engagement der USA und der Sowjetunion trugen dazu bei, dass Namibia unabhängig werden konnte, dass in Mozambique der Frieden wiederhergestellt werden konnte und Südafrika die Flucht aus der Apartheid gelang. Erstaunlicherweise führten diese Ereignisse jedoch nicht zu einer Entspannung der Lage, sondern zu einer Potenzierung der Konflikte, die nicht selten zu Aufständen, Bürgerkriegen oder gar dem kompletten Versagen des Staats führten⁶⁹. „La guerre devient une raison d'être pour les leaders africains qui y voient le seul moyen d'accéder au pouvoir et à ses privilèges; elle apparaît comme une voie inespérée d'ascension sociale pour une jeunesse sans espoir qui trouve dans la possession d'une arme l'illusion de la puissance et la reconnaissance sociale qui y est attachée⁷⁰.”

Generationenwechsel der französischen und afrikanischen politischen Eliten

Mitte der 1990er Jahre zeichnete sich sowohl in Frankreich als auch in vielen afrikanischen Staaten ein Wechsel der lokalen Eliten ab. In Afrika traten die Politiker, die die Unabhängigkeit ihres Landes erkämpft hatten, zurück oder segneten das Zeitliche. Auch in Frankreich starben langsam die letzten ehemaligen Kolonialadministratoren und schufen somit Platz für eine neue Generation von höher gestellten Verwaltungsbeamten, die ein anderes, nicht so inniges Verhältnis zum afrikanischen Kontinent und den ehemaligen Kolonien pflegten. Hier kam es insbesondere in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu Spannungen und politischen Konflikten zwischen „les anciens“ den alteingesessenen Politikern, die ein eher väterliches Verhältnis zu vielen afrikanischen Ländern unterhielten und keinerlei schlechtes an diesen Beziehungen sahen, und „les modernes“, die die Praktiken ihrer Vorgänger kritisch hinterfragten und die franko-afrikanischen Beziehungen „banalisierten“⁷¹.

⁶⁹ Gounin (2009): 42.

⁷⁰ Gounin (2009): 42.

⁷¹ Gounin (2009): 43.

Drei symbolische Ereignisse von 1994

Kurioserweise ereigneten sich in den ersten Monaten des Jahres 1994 drei markante Ereignisse, die den drei oben beschriebenen Entwicklungen vorangingen.

Das Begräbnis von Félix Houphouët-Boigny

Am 7. Februar 1994 wurde der damalige Präsident der Elfenbeinküste beigesetzt. Einige Politiker und Diplomaten aus Frankreich und dem frankophonen Afrika waren gekommen, um dem Staatsoberhaupt der Elfenbeinküste die letzte Ehre zu erweisen. Yves Gounin sieht die Beisetzung von Houphouët-Boigny nicht nur als den Tod eines afrikanischen Staatsoberhauptes an, sondern auch als Ereignis mit großer symbolischer Wirkung. Houphouët-Boigny war zu seiner Zeit einer der bedeutendsten Verbündeten Frankreichs auf dem afrikanischen Kontinent und pflegte enge Beziehungen zu Paris und seinen Politikern: zu den zahlreichen Gästen zählten nämlich François Mitterrand, Valéry Giscard d'Estaing, alle Präsidenten frankophoner Staaten Afrikas, alle noch lebenden Premierminister der Fünften Republik, Jacques Foccart und noch viele mehr⁷². „C'est le père de la Françafrique que l'on enterre mais c'est aussi la Françafrique elle-même qui se réunit une dernière fois pour une ultime cérémonie d'adieu⁷³“, meint Gounin zur Symbolhaftigkeit dieses Ereignisses. Mit der Beisetzung von Houphouët-Boigny wurde also nicht nur das (post-)koloniale Konstrukt namens *Françafrique* endgültig ad acta gelegt, sondern auch eine neue Ära eingeläutet, die zur Folge hatte, dass sich Frankreichs Beziehungen zu Afrika etwas lockerten und in vergleichsweise normale Bahnen gelenkt wurden⁷⁴.

Die Abwertung des „Franc CFA“ (Communauté Financière D'Afrique) Franc

Am 11. Jänner 1994 wurde in der senegalesischen Hauptstadt Dakar die Abwertung des „Franc CFA“ beschlossen. Die Gründe dafür sind mannigfaltig:

⁷² Gounin (2009): 43f.

⁷³ Gounin (2009): 44.

⁷⁴ Gounin (2009): 43f.

Zum einen steckte Frankreich zu Beginn der 1990er Jahre in einer wirtschaftlichen Rezession und hatte Mühe, das Budgetdefizit unter Kontrolle zu halten. Die bessere Leistbarkeit der Exportgüter aus den Ländern der CFA (*Communauté Financière d'Afrique*) durch eine Abwertung dieser Währung war also in Frankreich zu diesem Zeitpunkt durchaus sehr willkommen. Zum anderen wurde 1985 der US-amerikanische Dollarkurs ebenfalls gesenkt. Die Abwertung des Franc CFA um die Hälfte seines Werts hatte zur Folge, dass sich auch die Ausgaben im Rahmen der französischen Afrikapolitik halbierten. Edouard Balladur, damaliger Premierminister, war darüber hinaus auch ein Befürworter der Abidjan Doktrin, welche die Auszahlung von Entwicklungshilfe an die Erfüllung der Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds knüpfte. Somit war es notwendig, dass sämtliche afrikanische Länder ihre Wirtschaft nach den Prinzipien des neoliberalen Wirtschaftssystems ausrichteten. Die Einführung der Abidjan Doktrin hatte deshalb zur Folge, dass das System der amikalen Beziehungen zwischen Frankreich und den Ländern des Pré-carré langsam zu bröckeln begann, da ein informelles Ausschütten der finanziellen Mittel ohne auferlegte Konditionen fortan nicht mehr so einfach möglich war⁷⁵.

Der Genozid in Rwanda

Obwohl Rwanda nie eine französische Kolonie war, wurde das Land gemeinsam mit Zaire und Burundi in den 1970er Jahren in das französische Einflussgebiet integriert. 1975 wurde ein „accord de coopération technique“ zwischen Frankreich und Rwanda unterzeichnet, der dem Hutu-Präsidenten Habyarimana militärische Hilfe aus Frankreich zusicherte. Somit unterstützte Frankreich das Regime gegen die Tutsi-Rebellion, war aber gleichzeitig bestrebt, den Konflikt zwischen den beiden Lagern friedlich zu lösen. In der Folge wurden 1993 die *Accords d'Arusha* unterschrieben. Als jedoch im April 1994 das Flugzeug von Präsident Habyarimana durch Bomben zum Absturz gebracht wurde, flammte der Konflikt erneut auf. Schätzungen zufolge wurden innerhalb von nur drei Monaten mindestens 800.000 Menschen getötet. Frankreich wurde anlässlich des rwandischen Genozids vorgeworfen, Waffen

⁷⁵ Chafer (2005): 14f, Gounin (2009): 44f..

und Ausrüstung finanziert sowie Hutu-Soldaten ausgebildet zu haben. Darüber hinaus hat Frankreich hinsichtlich dieses Konflikts eine stete Politik des Wegschauens betrieben und ließ die Dinge ihren Lauf nehmen. Frankreich wird in diesem Zusammenhang ebenfalls beschuldigt, durch die Einrichtung der ZHS (Zone Humanitaire Sûre) Ende Juni 1994 vielen Mördern, auch „Génocidaires“ genannt, eine Möglichkeit zur Flucht nach Zaire verschafft zu haben. Diese Intervention, getarnt als humanitäre Hilfsaktion, wurde international stark kritisiert, was den französischen Ruf in Bezug auf militärische Interventionen im Ausland stark beschädigte. Außerdem verlor Frankreich seinen Einfluss in Rwanda nach den Vorkommnissen von 1994, da die Regierung fortan von einer anglophonen Partei gestellt wurde, die gegen eine Zusammenarbeit mit Frankreich war und jegliche Beziehungen zu Frankreich beendete. Somit verlor Frankreich mit Rwanda ein bedeutendes Mitglied seiner franko-afrikanischen Familie⁷⁶.

5.3.2 Mitterrand und die französische Afrika- und Entwicklungspolitik

François Mitterrand, der vierte Präsident der fünften Republik, war insgesamt vierzehn Jahre lang französisches Staatsoberhaupt (zwei Amtsperioden à sieben Jahre, heute wird der französische Präsident nur noch für fünf Jahre gewählt). In Bezug auf die französische Entwicklungszusammenarbeit zählt Mitterrands Rede am franko-afrikanischen Gipfel in La Baule im Jahr 1990 sicherlich zu den bedeutendsten Ereignissen seiner Amtszeit. In dieser Rede betonte er, dass fortan die französischen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit nur an Länder ausgeschüttet werden sollten, welche sich der Demokratie verschreiben und von anderen diktatorischen Staatsformen Abstand nehmen wollten. Dies kam vielen afrikanischen Ländern sehr entgegen, da einige von ihnen ohnehin von einem Einparteien- zu einem Mehrparteiensystem wechseln wollten. Doch die großen Worte von Mitterrand waren in der Praxis schnell wieder vergessen: Frankreich schüttete weiterhin Gelder im Gegenzug für die Unterstützung für politische Vorhaben Frankreichs an sämtliche Diktatoren aus. Erst Ende der 1990er Jahre stoppte Frankreich nach und nach die Zahlungen an die grausamsten Diktatoren und

⁷⁶ Chafer (2005): 15, Gounin (2009): 44f..

Menschenrechtsverletzer, wie auch zum Beispiel an Togos Präsidenten Gnassingbé Eyadéma⁷⁷.

Das immerhin eine Dekade lang andauernde Zögern Frankreichs, die Ausschüttung seiner Entwicklungshilfe bindend an die Einhaltung der Menschenrechte und den Aufbau und Erhalt einer demokratischen Staatsform zu knüpfen zeugt davon, dass Frankreich massiv von der Unterstützung vieler afrikanischer Diktatoren abhängig war (und immer noch ist). Dies gilt nicht nur für den Zugang zu Rohstoffen wie Öl und Uranium, sondern auch für die politische Unterstützung in internationalen Institutionen und Gremien, die eine Mehrheit für französische Anliegen garantierte.

Ebenfalls markant für Mitterrands Amtszeit war, dass das Ministerium für Kooperation anteilig über immer weniger Mittel zur Entwicklungshilfe verfügte: Lag der Anteil der von diesem Ministerium verwalteten Gelder 1986 noch bei rund 50 Prozent, so sank bis zum Jahr 1992 drastisch auf lediglich 17 Prozent ab. Das Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie profitierte davon massiv, denn im Vergleichszeitraum stieg sein verwalteter Anteil des Entwicklungshilfebudgets von 6 auf 38 Prozent an. Dies ist insbesondere auf die Auszahlung von Entwicklungshilfegeldern an die Europäische Union sowie auf die in dieser Zeit massiv zunehmenden Schuldenerlässe zurückzuführen, welche beide vom Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie durchgeführt wurden. Gesamt gesehen hatten die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit unter François Mitterrand jedoch ihren Höchststand 1995 (9,2 Milliarden US-Dollar in seinem letzten Amtsjahr) erreicht⁷⁸.

Mitterrand hatte bereits vor der Wahl zum französischen Staatsoberhaupt 1981 viele Berührungspunkte mit dem afrikanischen Kontinent, da er von 1950-1951 Minister für das überseeische Frankreich gewesen war. Die in dieser Zeit gesammelten Eindrücke, Meinungen und Visionen über das frankophone Afrika hatten sich in den drei Jahrzehnten bis zu seinem Amtsantritt als Präsident jedoch nur geringfügig verändert. Zusammenfassend lassen sich einige – von

⁷⁷Lancaster (2007): 156.

⁷⁸Lancaster (2007): 157.

Mitterrand selbst genannte - „Fixpunkte“ feststellen:

Für François Mitterrand waren die Beziehungen seines Landes zum afrikanischen Kontinent von enormer Bedeutung. Bereits zu Beginn seiner ersten Amtszeit stellte er klar, dass er alleine die Entscheidungen diesbezüglich zu treffen hatte und er in dieser Hinsicht keinerlei Kompetenzen abzugeben gedachte. Selbst als Mitterrand mit der politisch Rechten eine *cohabitation* (von einer *cohabitation* spricht man, wenn der Präsident und der Premierminister nicht aus dem gleichen politischen Lager stammen) eingehen musste, bestand er darauf, alleinig die Afrikapolitik Frankreichs zu lenken. Angesichts dieser scheinbaren Wichtigkeit der Außenbeziehungen für Mitterrand ist es sehr verwunderlich, dass er dafür vergleichsweise nur wenig Arbeitszeit aufwandte, was besonders für seine zweite Amtsperiode zutrifft⁷⁹.

Als zu Beginn der ersten Amtszeit Jean-Pierre Cot das Kooperationsministerium übernahm, rechnete Mitterrand nicht damit, dass sein Minister eine eigene Afrikapolitik betreiben wollte. Cot hatte es sich zum Ziel gesetzt, die Entwicklungszusammenarbeit zu dekolonisieren und sie stärker auf die Einhaltung der Menschenrechte zu konzentrieren. Darüber hinaus hatte er vor, die französische Außenpolitik nicht länger auf die ehemaligen Kolonien, sondern auf den gesamten Globus auszudehnen, was Mitterrand ganz und gar nicht gefiel: nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Cot und Mitterrand musste Ersterer schließlich sein Amt im Dezember 1982 ablegen. An seine Stelle trat Christian Nucci, der ganz im Sinne Mitterrands handelte und keine Initiative zeigte, da er versprochen hatte, stets im Interesse des Präsidenten zu agieren und keine eigenen Beschlüsse zu fassen.⁸⁰

François Mitterrands wahrscheinlich bedeutendstes Bestreben in seiner Afrikapolitik war es, den französischen Einfluss aufrecht zu erhalten und zu erweitern. In diesem Zusammenhang sollte Frankreich seine Position als Weltmacht wahren und erweitern sowie dieses Interesse auch in Afrika vorantreiben: „Paris est la nécessaire capitale de l'Union française. [...] Je dis que le premier devoir de la France, c'est de tout faire pour que [...] nos frères

⁷⁹Marchesin (1995): 14f.

⁸⁰Marchesin (1995): 17f.

africains restent unis à notre destin⁸¹.” Diese Aussage, die seiner Publikation aus den 1950er Jahren entstammt, unterscheidet sich nicht von seinen Ansichten, die er in den 80er und 90er Jahren als französischer Präsident vertrat: „Je suis porteur de plus qu'une tradition, d'intérêts légitimes, de grands intérêts. Je ne peux pas signer [...] la disparition de la France de la surface du globe, en dehors de son pré-carré⁸².“ Dieser Expansionsgedanke ist ohne Zweifel von ökonomischen und strategischen Interessen gespeist. Wie oben bereits erwähnt, liefert sich Frankreich seit jeher diesbezüglich einen Wettlauf mit der gesamten anglophonen Welt, die nicht nur größeren Einfluss als Frankreich genießt, sondern ebenfalls in Angelegenheiten im frankophonen Sprachraum eingreift – und das zumeist nicht im Sinne der französischen Interessen. Aufgrund dessen war Mitterrand stets darauf bedacht, Konflikte in Afrika eigenhändig und ohne Hilfe von anderen Staaten (notfalls auch militärisch) zu bewältigen. Darüber hinaus hatte er die Vision eines komplett französischsprachigen « pré-carré », war Mitterrand doch selbst Initiator der bis heute existierenden Frankophonie-Gipfel⁸³.

Ein Defizit der Mitterrand'schen Präsidentschaft ist die klientelistisch ausgelegte Beziehung zwischen Frankreich und seinem *pré-carré*, wobei Mitterrand vorrangig Wert auf die guten Verhältnisse zu den politischen und ökonomischen Eliten Afrikas legte, während die Interessen der lokalen Zivilbevölkerung für ihn nur von geringer Bedeutung waren. Die politischen Oberhäupter Afrikas bezeichnete Mitterrand oft als Freunde und Familie Frankreichs, da er bereits während seiner Tätigkeit als Minister für das überseeische Frankreich von 1950-1951 mit vielen Personen der politischen Eliten Kontakte geknüpft hatte. Diese persönlichen Beziehungen wirkten sich unmittelbar auch auf seine Tätigkeit als Staatsoberhaupt aus, da Mitterrand an die geschlossenen Bekanntschaften anknüpfte und mit Politikern, mit denen er bereits vor 30 Jahren ein gutes Verhältnis hatte, auch als Präsident gute Beziehungen pflegte. Von diesen freundschaftlichen Beziehungen zeugte auch Mitterrands Verhalten im Rahmen des Rwanda-Konflikts 1994: Unmittelbar nachdem der rwandische Präsident durch ein Attentat ums Leben gekommen war, veranlasste Mitterrand

⁸¹Mitterrand zitiert nach Marchesin (1995): 7f.

⁸²Mitterrand zitiert nach Marchesin (1995): 9.

⁸³Marchesin (1995): 9ff.

persönlich die Evakuierung der Witwe und der näheren Verwandtschaft des Präsidenten, dem er zu Lebzeiten sehr nahe gestanden hatte⁸⁴.

Trotz der vorhin erwähnten Fixpunkte der Mitterrand'schen Afrikapolitik lassen sich einige Widersprüche feststellen. Obwohl Mitterrand politisch dem *Parti Socialiste* entstammte, setzte er in seiner Außenpolitik eine Reihe eher konservativ geprägter Maßnahmen. Dies führte dazu, dass führende sozialistische Politiker 1986 Unterschriften gegen Mitterrands Afrikapolitik sammelten und offen gegen den Militäreinsatz in Togo protestierten. Seine Parteikollegen warfen ihm in diesem Zusammenhang vor, seine Afrikapolitik lediglich auf die guten Beziehungen zur lokalen politischen Elite auszurichten. Entgegen seiner Rede in La Baule 1990, in der er betonte, die französische Entwicklungshilfe fortan an die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten zu knüpfen, dauerte es noch ein ganzes Jahrzehnt, bis dies zumindest teilweise umgesetzt wurde. 1991, nur ein Jahr später, relativierte Mitterrand die Kernaussage seiner Rede und betonte, zwar auf der Demokratisierung der Empfängerländer zu bestehen, allerdings sollte das jeder Staat in seinem eigenen Tempo vollziehen können und an kein Zeitlimit gebunden sein⁸⁵. Auch dieser Rückschritt rief harsche Kritik nicht nur unter den Mitgliedern des PS (Parti Socialiste) an Mitterrands Vorgehen hervor: „La France [...] n'a finalement pas joint le geste à la parole⁸⁶.“

Der Mitterrand'schen Afrikapolitik wird auch oft vorgeworfen, dass sie planlos gewesen sei und keine bestimmte Strategie verfolgte. Wie oben bereits erwähnt, spielten vor allem die persönlichen Beziehungen von Mitterrand zu den diversen afrikanischen Machthabern eine große Rolle. Auch große Projekte oder Taten Mitterrands lassen sich in beiden Amtszeiten nicht feststellen; da der Präsident nämlich der Meinung war, dass „[e]lles (les relations franco-africaines, Anmerkung der Verfasserin) n'ont pas besoin d'évoluer, elles sont bonnes⁸⁷.“ Auch eine im Mai 1982 angesetzte Rede über die Menschenrechtsverletzungen in Afrika sagte Mitterrand kurzerhand ab, da er es vermeiden wollte, manche

⁸⁴Marchesin (1995): 13f.

⁸⁵Marchesin (1995): 19ff.

⁸⁶Smith zitiert nach Marchesin (1995): 22.

⁸⁷Marchesin (1995): 20.

afrikanischen Machthaber zu beunruhigen⁸⁸“.

5.3.3 Fazit

Zusammenfassend kann Mitterrands Afrikapolitik als klientelistisch geprägt und passiv angesehen werden, da er keine nennenswerten Veränderungen in Bezug auf die franko-afrikanischen Beziehungen erreichte. Der regelmäßige Besuch von afrikanischen Eliten und die Beziehungspflege zu ihnen kann nicht als progressive Politik bezeichnet werden. Obwohl Mitterrands berühmte Rede von La Baule im Jahr 1990 für viel Aufsehen in der französischen Afrikapolitik sorgte, fand die darin erwähnte Bindung der Entwicklungshilfe an den Aufbau und Erhalt einer demokratischen Staatsform innerhalb seiner 14-jährigen Amtszeit nahezu keine Anwendung.

5.4 Die Ära Chirac (1995-2007)

Die im vorangegangenen Kapitel geschilderten Ereignisse, insbesondere jene in Rwanda, gaben den Politikern in Frankreich Anlass, die bisher verfolgte Afrikapolitik zu überdenken, da sie nicht mehr die gewünschten Ergebnisse erzielte. Die Wahl von Jacques Chirac zum französischen Präsidenten 1995 war also ein willkommenes Ereignis, um eine Wende in der französischen Afrikapolitik einzuleiten. Doch leider verfolgte Chirac zu Beginn seiner Amtszeit eine ähnliche Strategie wie sein Vorgänger Mitterrand: um sich den Problemen Afrikas zu widmen, traf er sich vorrangig mit führenden afrikanischen Politikern, um mit diesen Freundschaft zu schließen sowie eine solide Kommunikations- und Verhandlungsbasis zu schaffen. Seine erste Auslandsreise machte Chirac nach Marokko, dessen König Hassan II ihn finanziell im Wahlkampf unterstützt hatte. Im Gegenzug lobte Chirac den marokkanischen König anlässlich seines Besuchs in Frankreich für die Einhaltung der Menschenrechte in seinem Land, obwohl der breiten Öffentlichkeit bekannt war, dass dem nicht so war⁸⁹. Frankreich unterhielt mit seinem *pré carré* eine Reihe von offiziellen sowie inoffiziellen Verbindungen. Offiziell gab es die Franc Zone, in der viele afrikanische Währungen an den französischen Franc gekoppelt waren, ein

⁸⁸ Marchesin (1995): 20f.

⁸⁹ Chafer (2005): 15f.

eigenständiges Ministerium für Kooperation sowie die kulturellen, technischen und militärischen Verträge zwischen Frankreich und den Ländern in seinem Einflussgebiet. Zu den inoffiziellen Verbindungen zählten vor allem die Abhaltung der franko-afrikanischen Gipfeltreffen, auf denen die gesamte franko-afrikanische Familie (beziehungsweise die politischen Eliten der jeweiligen Länder) zusammenfand und das Bestehen der Freundschaft untereinander gefeiert wurde. Diese Gipfeltreffen wurden 1973 ins Leben gerufen und wiesen einen eher informellen Charakter auf, da nie schriftliche Ergebnisse oder der Ablauf der Gipfel öffentlich gemacht wurden⁹⁰.

So wie auch Mitterrand verfügte Chirac über gute Kenntnisse über den afrikanischen Kontinent und legte großen Wert auf gute persönliche Beziehungen zu den afrikanischen Machthabern. Ein besonders gutes Verhältnis wird Chirac zum damaligen senegalesischen Präsident Abdou Diouf nachgesagt, welcher nur wenig überraschend auf massive Initiative von Chirac im Jahr 2002 zum Präsidenten der *Organisation Internationale de la Francophonie* gewählt wurde. Chiracs Afrikapolitik war laut dem Autor Claude auf drei Grundpfeiler aufgebaut:

1) Das französische *Pré carré*

Die bedeutendsten Länder des französischen Einflussgebiets waren die Länder des Maghreb (Algerien, Marokko und Tunesien) sowie der Senegal, Gabun, und die Elfenbeinküste. Insbesondere mit Marokko pflegte Frankreich gute Beziehungen, war das Land doch der wichtigste wirtschaftliche Partner Frankreichs auf dem afrikanischen Kontinent. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl an ausgewanderten Marokkanern, die sich in Frankreich niedergelassen hatten und noch immer in regem Kontakt zu ihrem Heimatland standen. Auch Tunesien war und ist ein bedeutender Wirtschaftspartner für Frankreich, da über 400 französische Firmen in diesem Land ihre Waren für den französischen Markt produzierten. Mit Algerien hingegen waren die Verhältnisse etwas angespannt, da der blutige Algerienkrieg immer noch in den Köpfen der Algerier präsent war und auch Frankreich sich nicht gerne an diese Kämpfe zurückerinnert. Doch ab dem Jahr 2000 bemühte sich Jacques Chirac

⁹⁰ Chafer (2005): 9.

zunehmend um eine gute Beziehung zu Algerien, hauptsächlich um die französische Energieversorgung mit Öl und Gas sicherzustellen und von den algerischen Rohstoffen zu profitieren. Außerdem war der Präsident überzeugt, nur durch den Einbezug Algeriens effektiv gegen den islamischen Terrorismus im Maghreb vorgehen zu können. Die stetigen Bemühungen Chiracs sollten 2007 schließlich in die Unterfertigung des ersten Freundschaftsabkommens zwischen Frankreich und Algerien münden. Der 2007 ins Amt gewählte Nicolas Sarkozy gewann der Idee eines Freundschaftsabkommens jedoch nur wenig ab, womit der Vertrag schlussendlich nicht zu Stande kam⁹¹.

2) Die Interventionspolitik

Obwohl jegliche Einmischung in innerafrikanische Krisen von offizieller Seite stets bestritten wurde, verfolgte Frankreich eine rege Interventionspolitik in Afrika. Besonders nach der militärischen Intervention im Rahmen des Konflikts in Rwanda 1994, sprach sich der damalige Kooperationsminister Charles Josselin 1998 für eine Afrikapolitik aus, die das Motto „ni ingérence, ni indifférence“ verfolgen sollte. Trotzdem führte Frankreich in den 1990er Jahren zahlreiche militärische und diplomatische Interventionen durch: 1997 unterstützte Frankreich den kongolesischen Machthaben Mobutu, der mit Aufständischen zu kämpfen hatte, auf diplomatischen Weg, um den gesicherten Zugang zu diversen Energiequellen im Interesse Frankreichs zu wahren. Dies ist nur eines von vielen Beispielen für die zahlreichen Interventionen Frankreichs in Afrika, um den Zugang zu Rohstoffen sicherzustellen und den strategischen und politischen Einfluss vor Ort zu erhalten⁹².

3) Eine realistische Entwicklungshilfe

Trotz der berühmten Rede von Mitterrand in La Baule 1990, in der der Präsident im Austausch für Entwicklungshilfe die Einführung eines demokratischen Systems verlangte, verfolgten Chirac wie auch Mitterrand hauptsächlich ökonomische und strategische Interessen in Afrika. Solange die Zusammenarbeit für Frankreich gewinnbringend war, wurden auch kaum französische Forderungen nach Pressefreiheit, freien Wahlen oder der Abschaffung der Zensur laut. Chirac war wie bereits erwähnt sehr darauf

⁹¹ Claude (2007): 908f.

⁹² Claude (2007): 910ff.

bedacht, seine franko-afrikanischen Familienmitglieder und Freunde zu unterstützen und nicht zu verärgern, um den französischen Zugriff auf Rohstoffe und Energiequellen sicher zu stellen. Ein Musterbeispiel hierfür ist der Staat Gabun unter Omar Bongo. Da das Land über sehr große Erdölvorkommen verfügt, hegte Frankreich natürlich großes Interesse an der Zusammenarbeit mit diesem Staat. Obwohl Bongo im Zeitraum von 40 Jahren keinerlei Bestreben zeigte, demokratische Reformen umzusetzen, florierte der Handel zwischen den beiden Ländern. Darüber hinaus erließ Chirac 1996 dem Gabun 400 Millionen Franc an Schulden und nahm es in die 1998 in die neu geschaffene *Zone de Solidarité Prioritaire* auf, obwohl Bongo sein Regime wie gehabt weiterführte. Auch in Tunesien wurde den französischen Forderungen nach Pressefreiheit und Demokratie nur wenig Beachtung geschenkt, doch da Tunesien ein wichtiger wirtschaftlicher Partner Frankreichs war und Ben Ali islamische Terroristen bekämpfte, verschloss Frankreich die Augen vor der dortigen Missachtung von Demokratie und Menschenrechten. Jacques Chirac betonte in diesem Zusammenhang in seinen Reden von 1995 und 2003, dass Tunesien sich auf einem Weg der Demokratisierung und Modernisierung befinde, was sehr lobenswert und förderungswürdig sei. Somit war Tunesien jenes maghrebinische Land, das die meisten französischen Entwicklungshilfegelder erhielt⁹³.

Die drei Grundpfeiler der Afrikapolitik von Jacques Chirac unterscheiden sich also kaum von den Grundzügen der Mitterrand'schen Afrikapolitik. Dennoch differieren die beiden Amtszeiten in den externen Umweltfaktoren und der sich ständig im Wandel befindenden internationalen Beziehungen. Mitte der 1990er Jahre begannen sich die USA verstärkt für Afrika zu interessieren, mit dem Ziel Zugriff auf Rohstoffe zu erhalten und (wie offiziell angegeben) den dortigen Terrorismus zu bekämpfen. Insbesondere George W. Bush bemühte sich um gute Beziehungen zum afrikanischen Kontinent und veranlasste die massive Verstärkung der US-amerikanischen Truppen in Afrika. Besonders nach dem 11. September 2001 wuchs das amerikanische Interesse, da man auf der Suche nach alternativen und sicheren Öllieferanten war, da die bisherigen Zulieferer aus dem Mittleren Osten durch die Attentate des 11. September 2001

⁹³ Claude (2007): 912ff.

zum obersten Feind der USA erklärt wurden⁹⁴.

Gleichzeitig verschlechterten sich die franko-afrikanischen Beziehungen, da Frankreich viele afrikanische Machthaber zwar unterstützte, aber dennoch immer wieder Forderungen wie beispielsweise nach dem Aufbau einer soliden Demokratie an diese stellte. Dies führte in vielen Entwicklungsländern zur Entstehung mehrerer antifranzösischer Bewegungen. Außerdem verschärfte Frankreich mit Beginn der 1990er Jahre seine Bedingungen für die Einwanderung und führte strenge Grenzkontrollen ein – natürlich zum Missfallen vieler afrikanischer Staatschefs, die sich explizit gegen die Abschiebung der eigenen Landsleute aussprachen. Auch die militärische Präsenz Frankreichs in Afrika wurde verringert, es wurden vermehrt Interventionen mit Hilfe von Truppen aus anderen Ländern durchgeführt, und man war bestrebt, den lokalen Akteuren die Konfliktbearbeitung zu überlassen. Es ist daher nur wenig verwunderlich, dass sich von 1996 bis 2006 die Ausgaben für militärische Auslandseinsätze im frankophonen Afrika stark verringerten. Betrug das Budget dafür 1990 noch 137 Millionen Euro, so reduzierte es sich 2004 auf nur 65 Millionen Euro. Auch die Zahl der eingesetzten *coopérants militaires* reduzierte sich im selben Zeitraum von 925 auf 300. Gesamt gesehen sank aufgrund dessen auch der Anteil der Entwicklungshilfegelder am Bruttoinlandsprodukt von 0,56 Prozent 1995 auf 0,32 Prozent im Jahr 2007⁹⁵.

1997 rief Chirac die RECAMP-Initiative (*Renforcement des Capacités Africaines de Maintien de la Paix*) ins Leben, die die Risiken der französischen Militärinterventionen minimieren sollte und den afrikanischen Staaten mehr Eigenverantwortung für den Erhalt des Friedens übertrug. Dies geschah mit der Absicht, die Verluste unter den eigenen Truppen zu minimieren und das angeschlagene französische Image bezüglich der umstrittenen Auslandsinterventionen aufzubessern. Auch in der Europäischen Union beteiligte sich Frankreich immer mehr an den Ausgaben für Entwicklungspolitik: Ende der 1990er Jahre war das Land zu einem der Hauptfinanciers des *European Development Fund* geworden, mit dem Ziel auch innerhalb der

⁹⁴ Chafer (2005): 12.

⁹⁵ Claude (2007): 914.

Europäischen Union die Afrikapolitik zu lenken und maßgeblich zu beeinflussen. Anlässlich des Franko-Britischen Gipfels im Jahr 1998 bekräftigte Frankreich auch, künftig verstärkt mit Großbritannien in Bezug auf die Afrikapolitik zusammenzuarbeiten – ein Schritt, der unter der Präsidentschaft von Mitterrand schier unmöglich gewesen wäre. All dies zeugt deutlich davon, dass Jacques Chirac aufgrund der sich verändernden internationalen Umstände von seiner amikalen und familienähnlichen Beziehung zu Afrika abrücken musste und gezwungen war, mit anderen Ländern zu kooperieren und auch in der erstarkenden Europäischen Union sich erst die Vorreiterrolle in der Afrikapolitik erkämpfen musste⁹⁶. Fortan erfolgte der Großteil der militärischen Interventionen nicht von Frankreich selbst, sondern unter dem Schutz eines UN-Mandats, um internationale Kritik zu vermeiden. Obwohl Frankreich gelobte, weniger in afrikanische Angelegenheiten zu intervenieren, gab es unter Chirac keine kompletten und dauerhaften Schließungen von Militärbasen sowie keinen Abzug von Truppen vom afrikanischen Kontinent⁹⁷.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Entwicklungshilfe unter Chirac war die sinkende Bereitschaft für den Erhalt des *pré carré*, was zu einer Spaltung der französischen Politiker führte: einerseits gab es jene Politiker und Beamte, die sich für den Wirtschaftsliberalismus aussprachen und die Interventionen im Ausland verringern wollten, und andererseits wollten die Gegner dieses Rückzugs trotz der voranschreitenden Globalisierung nicht den Glauben in die Notwendigkeit der französischen Interventionen in Afrika aufgeben⁹⁸.

Da sich Frankreich teilweise aus seinem *pré carré* zurückziehen musste, war es gezwungen, sich außerhalb seines klassischen Einflussgebiets zu betätigen, um seinen Status als Weltmacht nicht zu verlieren. Südafrika, Nigeria, Angola und Mozambique waren jene vier Länder, von denen sich Frankreich eine Kompensation des Verlusts an Einfluss im *pré carré* erhoffte. Südafrika war für Frankreich sowohl aus strategischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen interessant, da das Land immerhin 40 Prozent der Güter im südlichen Afrika produzierte und diplomatisch gesehen zunehmend an Bedeutung gewann.

⁹⁶ Chafer (2005): 17.

⁹⁷ Moncrieff (2012): 21.

⁹⁸ Chafer (2005): 14.

Nigeria und Angola verfügen beide über beachtliche Erdölvorräte, wobei Südafrika zusätzlich das führende afrikanische Land in der Goldgewinnung ist und außerdem inmitten von frankophonen Staaten liegt. Auch Mozambique bietet eine strategisch günstige Lage⁹⁹.

5.4.1 Die große Reform der Entwicklungspolitik von 1998

Nachdem über Jahrzehnte hinweg dutzende Politiker bereits eine Reform der französischen Entwicklungspolitik gefordert hatten, rang sich Chirac auf parteiinternes Drängen hin zu einer Umstrukturierung durch. Die Forderungen erstreckten sich dabei auf die Eingliederung des Kooperationsministerium in das Außenministerium, die Einrichtung eines Komitees, das zwischen den einzelnen Ministerien eine Vermittlerrolle einnehmen sollte, die Schaffung einer Mittlerinstanz, sowie auf die Ausdehnung des Aktionsgebiets auf alle AKP-Staaten. Frühere Bestrebungen, die französische Entwicklungszusammenarbeit zu reformieren, wurden aufgrund der fehlenden Zustimmung des Präsidenten stets verhindert: bereits seit den 1960er Jahren hatten sich Pignon, Gorse, Abelin, Hessel und Michailof erfolglos um eine Verschlankung und Effizienzsteigerung der französischen Außen- und Entwicklungspolitik bemüht¹⁰⁰.

Die wohl bedeutendste Veränderung im Rahmen der Reform von 1998 war die Eingliederung des Kooperationsministeriums in das Außenministerium und seine zusätzliche hierarchische Unterstellung unter das Finanzministerium. Diese Zusammenlegung führte auch zur Einrichtung der DGCID, der alleinig die Zuständigkeit für Verwaltung des FSP (*Fonds de Solidarité Prioritaire*) übertragen wurde. Die Integration hatte auch personelle Konsequenzen: da das frühere Kooperationsministerium noch mit Beamten aus der Kolonialzeit oder mit Personal aus anderen Ministerien besetzt war, gingen viele Mitarbeiter 1998 entweder in Pension oder ließen sich auf ihren alten Posten in einem anderen Ministerium zurückversetzen. Das übrig gebliebene Personal wurde der DGCID unterstellt: im Jahr 2000 stammten mehr als die Hälfte der Mitarbeiter des DGCID ursprünglich aus dem ehemaligen Kooperationsministerium. Obwohl die

⁹⁹ Claude (2007): 916.

¹⁰⁰ Gounin (2009): 58.

Verschmelzung der beiden Ministerien in der Öffentlichkeit als Fusion dargestellt wurde, fand hier in Wirklichkeit eher eine Einsparung des Personals des Kooperationsministeriums beziehungsweise eine Übernahme des selbigen statt. Hiervon zeugt auch das Faktum, dass das Kooperationsministerium nicht nur ins Außenministerium integriert wurde, sondern ihm auch noch hierarchisch untergeordnet ist. Somit ist das Kooperationsministerium ohne die Zustimmung des Außenministers nicht mehr selbst handlungsfähig und wurde bewusst von der Politik entmachtet¹⁰¹.

Der Autor Moncrieff ist deshalb auch der Meinung, dass „development cooperation as a specific career path for French officials will not survive in the Foreign Ministry. It is also likely that development cooperation is likely to suffer from low status as a career choice within the Foreign Ministry¹⁰².“ Dies bedeutet, dass auch im französischen Bildungswesen die Bedeutung von Entwicklung und Entwicklungszusammenarbeit weiter sinken und weniger qualifiziertes Personal für die französische Außen- und Entwicklungspolitik zur Verfügung stehen wird. Durch die sinkende Bedeutung der Entwicklungshilfe in der französischen Politik stehen somit auch weniger Arbeitsplätze in diesem Metier zur Verfügung, was wiederum bedeutet, dass es weniger postsekundäre Ausbildungsplätze für Entwicklungspolitik geben wird.

Ein weiterer Meilenstein der Reform ist die Schaffung der *Zone de Solidarité Prioritaire* (ZSP), die das genaue Aktionsgebiet der französischen Entwicklungspolitik definieren soll. Um in die ZSP aufgenommen zu werden, gibt es offiziell drei Kriterien: die Wirtschaftslage, die gemeinsame historische Vergangenheit mit Frankreich sowie die Regierungsform des betreffenden Landes. Da trotz dieser Aufnahmekriterien für die ZSP einige Staaten, die ganz klar nicht demokratisch ausgerichtet waren und nicht die Menschenrechte einhielten, in die ZSP integriert wurden, geriet sie schnell ins Kreuzfeuer der nationalen und internationalen Kritik. Die ZSP hatte aber vor allem den Zweck, nicht nur mit dem frankophonen, sondern auch mit dem nicht-frankophonen Afrika gute Beziehungen aufzubauen und zu erhalten. So sind abgesehen von Libyen, Botswana und Ägypten alle afrikanischen Länder Teil der *Zone de*

¹⁰¹ Moncrieff (2004): 115ff.

¹⁰² Moncrieff (2004): 117.

Solidarité Prioritaire. Ägypten und Botswana sind laut Moncrieff entwicklungspolitisch nicht relevant für Frankreich, und das Verhältnis Libyens zu Frankreich ist von einer eher schlechten diplomatischen Beziehung geprägt. Die faktische Zugehörigkeit zur ZSP bedeutete aber nicht automatisch, auf viel finanzielle Unterstützung aus Paris hoffen zu können: während manche afrikanische Staaten (vorrangig jene, die einst eine französische Kolonie waren) sowohl in der Vergangenheit als auch in der Gegenwart mit einer bedeutenden Summe aus Frankreich rechnen konnten, so erhielten manch andere afrikanische Staaten (insbesondere kleine und somit unbedeutende anglophone Länder) nur vergleichsweise wenige Gelder als Entwicklungshilfe¹⁰³.

Doch bevor sich die französische Politik auf die Festlegung der Länder der ZSP einigte, gab es drei Optionen, welche Länder künftig die Profiteure der französischen Entwicklungshilfe sein sollten: 1) die ehemaligen Kolonien Frankreichs, 2) alle AKP-Staaten, und 3) Länder, die bestimmte politische und wirtschaftliche Kriterien erfüllen. Die tatsächliche ZSP ist – wie oben bereits dargestellt - eine Art Mischform dieser drei Konzepte, was auch gut die Widersprüche in der Ausrichtung der französischen Entwicklungszusammenarbeit reflektiert. Darüber hinaus wurde an der ZSP kritisiert, dass mit der Ausdehnung der Empfängerländer keine Erhöhung der finanziellen oder personellen Mittel einherging. Durch die geographische Erweiterung der ZSP reduzierten sich auch anteilig die eingesetzten Mittel für die früheren französischen Kolonien, wobei sich aber die Prioritäten der französischen Entwicklungszusammenarbeit nicht verschoben, da bereits 7 der 10 Hauptprofiteure der französischen Entwicklungshilfe vor der Reform hauptbegünstigt waren¹⁰⁴.

Auch die AFD in ihrer heutigen Bestandsform wurde anlässlich der Reformen von 1998 ins Leben gerufen. Die *Caisse Française de Développement* wurde kurzerhand in *Agence Française de Développement* (AFD) umbenannt. Die AFD bekam durch die Umstrukturierung die Rolle eines *opérateur pivot* zugesprochen. Dies bedeutete, dass die AFD künftig auch für Projekte im

¹⁰³ Moncrieff (2004): 125f.

¹⁰⁴ Kwak (2004): 57ff.

Bildungs- und Gesundheitswesen zuständig war, während die Scac sich um die Ausbildung der *coopérants* vor Ort kümmerte. Darüber hinaus wurde das Büro der AFD vor Ort dem lokalen Botschafter unterstellt, um mehr Geschlossenheit zu vermitteln¹⁰⁵.

5.4.2 Öffentliche Reaktionen und Kritik an der Reform

In der Öffentlichkeit wurde die Reform von 1998 grundsätzlich positiv gesehen, da viele eine Umstrukturierung der französischen Entwicklungspolitik für längst überfällig hielten. Besonders die de facto Abschaffung des Kooperationsministeriums wurde als klarer politischer Wille wahrgenommen, mit der kolonialen Vergangenheit und ihren Praxen endgültig zu brechen und eine moderne Entwicklungspolitik zu verfolgen. Doch auch Kritik an der Reform wurde bald laut: besonders die von der Reform betroffenen Ministerien und Mitarbeiter hätten sich gewünscht, mehr in den Prozess der Umstrukturierung einbezogen zu werden. Stattdessen wurden die Details der Reform von Chirac und seinen engsten Vertrauten beschlossen, die sich offenkundig nicht für eine echte inhaltliche Reform erwärmen konnten. Zusammenfassend konnte die Umstrukturierung nicht das halten, was ihre Inhalte versprochen hatten, nämlich Offenheit und Klarheit¹⁰⁶.

Mit den oben genannten Änderungen ging jedoch auch ein signifikanter Rückgang der APD (*Aide Publique au Développement*) einher: Die APD sank von 0,64 auf 0,31 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Zeitraum von 1994 bis 2000 ab und halbierte sich somit innerhalb von nur sechs Jahren. Darüber hinaus wird Frankreich ein viel zu dichtes Netz an staatlichen Akteuren zur Last gelegt, woran auch die Reform von 1998 nur wenig zu ändern vermochte. Anstatt die Kompetenzen zwischen den beteiligten Organen klar abzugrenzen, herrscht bis heute große Unklarheit über die genaue Aufgabenverteilung in der französischen Entwicklungszusammenarbeit. Dies gilt insbesondere für die Kompetenzverteilung zwischen der AFD und der DGCID sowie zwischen der Scac (*Services de coopération et d'action culturelle*) und der AFD. Auch das CICID wurde seiner Aufgabe als Mittlerinstanz zwischen den einzelnen

¹⁰⁵ Moncrieff (2004): 118f.

¹⁰⁶ Moncrieff (2004): 134f.

Ministerien nicht gerecht, da es viel zu selten Treffen und Sitzungen der Minister gab, um einen regelmäßigen Informationsaustausch sicherzustellen. Auch das Ausmaß der umgesetzten Reformen unterlag starker Kritik: Chirac wird hier vorgeworfen, lediglich die Strukturen und nicht die Inhalte der französischen Entwicklungspolitik reformiert zu haben. Der Grund hierfür ist die oben bereits erläuterte Meinungsverschiedenheit der politisch Rechten und Linken in Frankreich: Während die Parteien rechts der Mitte für eine Beibehaltung des klientelistischen Systems sind, sprechen sich die links ausgerichteten Parteien eher für eine Konzentration auf entwicklungspolitisch relevante Themen aus¹⁰⁷.

5.4.3 Fazit

Obwohl sich während der beiden Amtsperioden von Jacques Chirac die internationalen Rahmenbedingungen verändert haben, sind die Grundzüge der Afrikapolitik Mitterrands erhalten geblieben: „Jacques Chirac n’a pas corrigé les grandes orientations de cette stratégie marquée par l’interventionnisme et le soutien aux régimes „amis“, de quelque nature qu’ils soient¹⁰⁸.“ Dennoch gewannen die USA immer mehr an Einfluss in Afrika, wodurch sich Frankreich aus seinen klassischen Einflussfeldern zurückzog und neue Länder für sich erschloss. Auch der Rückgang an militärischer Präsenz und den damit verbundenen verringerten Interventionen stellen einen Fixpunkt in der Afrikapolitik von Jacques Chirac dar¹⁰⁹. In der Zeitschrift *Politique africaine* n°105 vom März 2007 wird seine Afrikapolitik wie folgt sehr treffend von Olivier Petre-Grenouilleau in seinem Artikel namens *France-Afrique. Sortir du pacte colonial* resümiert: „au terme des deux mandats de Jacques Chirac, subsiste cette impression que „tout a changé pour que rien ne change“, que (...) malgré les réformes susmentionnées, la politique de la France en Afrique reste bloquée [...] avec pour résultat une „non-politique“, [...] sans véritable projet ni fil directeur¹¹⁰.“

¹⁰⁷ Gounin (2009): 59f.

¹⁰⁸ Claude (2007): 917.

¹⁰⁹ Claude (2007): 918.

¹¹⁰ Petre-Grenouilleau zitiert nach Gounin (2009) : 50.

5.5 Die Ära Sarkozy (2007-2012)

Als Nicolas Sarkozy 2007 die Präsidentschaftswahl gegen die Kandidatin des *Parti Socialiste*, Segolène Royal, gewann, wurde dies im frankophonen Afrika mit eher gemischten Gefühlen aufgenommen. Zum einen versprach man sich von der Wahl des neuen Präsidenten die lang ersehnte inhaltliche Reform der französischen Afrikapolitik, zum anderen war Sarkozy bereits als Innenminister seines Vorgängers Jacques Chirac in die Missgunst vieler afrikanischer Staaten gefallen, da er eine sehr strenge Einwanderungspolitik verfolgte und sämtliche illegale Einwanderer ohne Pardon in ihr Herkunftsland abschieben ließ. Dennoch gaben Sarkozys eigener Migrationshintergrund (er ist ungarisch-griechischer Abstammung) und die Besetzung einiger wichtiger politischer Ämter durch Personal mit Migrationshintergrund Anlass zur Hoffnung auf eine tiefgreifende Veränderung in der französischen Entwicklungspolitik. Auch Sarkozys fehlende innige Verbindungen zu sämtlichen afrikanischen Eliten – die die Afrikapolitik seiner Vorgänger entscheidend mitbestimmten – waren ein gutes Omen¹¹¹.

Kurz vor seinem Amtsantritt im Jahr 2007 formulierte Sarkozy die drei Ziele für die Afrikapolitik seiner Amtszeit:

- Primäre Sicherstellung der Interessen Frankreichs und der Franzosen, sekundär sind die Interessen von Freunden und Verbündeten

Hier bezieht sich Sarkozy vor allem auf den Zugriff auf energetische Ressourcen in Afrika. Er denkt beispielsweise daran, in Algerien für eine Energieversorgung mittels Atomstrom zu sorgen, wenn das Land Frankreich im Gegenzug den Zugriff auf die Gasvorkommen Algeriens gewährt. Sarkozy ist darüber hinaus davon überzeugt, dass Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent nur durch Atomenergie funktionieren könne. In diesem Sinn spricht sich Sarkozy für die Einrichtung einer Weltbank für nukleare Brennstoffe aus, um auch den Entwicklungsländern den Zugang zu Atomenergie zu ermöglichen.

¹¹¹ Moncrieff (2012): 10f.

- Weltweite Förderung der Menschenrechte und der Freiheit

Die „französischen Werte“ wie Demokratie, Freiheit, Menschenrechte, freie Religionsausübung sollten laut Sarkozy in die ganze Welt getragen werden und für jeden Menschen gelten, da diese Prinzipien als universell gelten und Sarkozy die Theorie des Kulturrelativismus (die Menschenrechte gelten hierbei nicht für alle Menschen, sondern werden in Bezug auf die Kultur, in der sie leben, interpretiert) ablehnt. Diese Bedingungen sind förderlich für die Entwicklung und die Stabilität eines Entwicklungslandes, welchen größte Beachtung geschenkt werden soll. Die Verbreitung des Freiheitsgedanken auf der ganzen Welt stellt in der Folge natürlich auch die Frage nach dem Sinn von militärischen Interventionen und militärischen Stützpunkten im Ausland. Nicolas Sarkozy ist hier der Meinung, dass es die vorrangige Aufgabe dieser Stützpunkte ist, die UA (*Union Africaine*) und die Vereinten Nationen in ihren Vorhaben zu unterstützen. Bezüglich der bisherigen militärischen Interventionen Frankreichs im Ausland bemängelt Sarkozy, dass Frankreich unabhängig von seinem Verhalten international kritisiert würde: „Soit la France n'intervient pas, et on l'accuse de manquer à ses engagements bilatéraux et d'abandonner des gouvernements souverains et des peuples en détresse! Soit elle intervient, et on lui reproche de s'ingérer dans les affaires d'un État souverain¹¹²!“ Sarkozys berühmter Wahlslogan „travailler plus pour gagner plus“ spiegelt sich auch in den Plänen für seine künftige Afrikapolitik wieder: Da Sarkozy sich für die Erhöhung der ODA (*Official Development Assistance*) aussprach, verlangte er als Resultat auch eine erhöhte Wirksamkeit der französischen Entwicklungszusammenarbeit. Dies soll nicht nur auf finanziellem Weg, sondern auch durch die Politik des *Codéveloppement* (Gestaltung von Entwicklungsprojekten in Zusammenarbeit und im Interesse des betreffenden Landes) und der Stärkung von Mikrofinanzprogrammen ermöglicht werden.

- Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs

Für Nicolas Sarkozy war es von höchster Wichtigkeit, die Qualität der französischen Produkte aufrecht zu erhalten und deren

¹¹² Sarkozy (2007): 151.

Wettbewerbsfähigkeit auch international behaupten zu können. Dies soll auch bei der Aushandlung von internationalen Handelsabkommen- und Verträgen eine entscheidende Rolle spielen. Um dieses Ziel erreichen zu können, schlägt Sarkozy hier eine Verstärkung von multilateralen Projekten vor, die mit einer Offenlegung der Art der Beziehung zwischen den Staaten einhergehen soll¹¹³. Hier spielt er vor allem auf die oft klientelistisch geprägten Beziehungen Frankreichs mit vielen afrikanischen Machthabern in der Vergangenheit an und grenzt sich von diesen persönlichen Beziehungen zwischen Staatsechefs klar ab: „[...] Les relations entre des États modernes ne doivent pas seulement dépendre de la qualité des relations personnelles entre les chefs d'État, mais d'un dialogue franc et objectif, d'une confrontation des exigences respectives, du respect des engagements pris et de la construction d'une communauté d'intérêts à long terme¹¹⁴“.

Anhand dieser Ziele wird jedoch klar, dass in der Außen- und Entwicklungspolitik von Nicolas Sarkozy insbesondere die französischen Interessen im Hinblick auf Wirtschaftswachstum und Energieversorgung im Vordergrund stehen. Die Verbesserung der Infrastruktur oder des Bildungs- und Sozialwesens im Ausland sowie andere entwicklungspolitische relevante Themen finden leider keinerlei Beachtung Sarkozys Plänen.

5.5.1 Die Rede von Dakar 2007

Das wohl bekannteste und gleichzeitig auch umstrittenste außenpolitische Ereignis der Amtszeit von Sarkozy ereignete sich nur rund ein Monat nach Amtsantritt: Sarkozys Rede in Dakar. Diese Rede zeugte von Sarkozys Vorstellungen über Afrika, welche stark von einigen Philosophen des 19. Jahrhunderts geprägt sind und sich kolonialer Clichés bedienen. So wird Sarkozy vorgeworfen, Passagen aus Hegels *La Raison dans l'Histoire* übernommen zu haben:

„Le drame de l'Afrique, c'est que l'homme africain n'est pas assez entré dans

¹¹³ Sarkozy (2007): 149ff.

¹¹⁴ Sarkozy (2007): 152.

l'histoire. Le paysan africain, que depuis des millénaires, vit avec les saisons, dont l'idéal de vie est d'être en harmonie avec la nature, ne connaît que l'éternel recommencement du temps rythmé par la répétition sans fin des mêmes gestes et des mêmes paroles. Dans cet imaginaire où tout recommence toujours, il n'y a de place ni pour l'aventure humaine, ni pour l'idée de progrès. [...] Jamais il ne lui vient à l'idée de sortir de la répétition pour s'inventer un destin. Le problème de l'Afrique et permettez à un ami de l'Afrique de le dire, il est là. Le défi de l'Afrique, c'est d'entrer davantage dans l'histoire¹¹⁵.“

Diese Darstellung der AfrikanerInnen stellt die am meisten kritisierte Passage von Sarkozys Rede dar. In Folge dessen hagelte es nicht nur von internationalen, sondern auch von französischen Medien und Intellektuellen schwere Kritik für seine Aussagen. Unter den afrikanischen Staatschefs hingegen wurde Sarkozys Rede sehr unterschiedlich aufgefasst: Während Laurent Gbagbo, der ehemalige Präsident der Elfenbeinküste, die Rede für politisch unbedeutend hielt, war Wade, der senegalesische Staatschef der Meinung, dass Sarkozy von dem Verfasser seiner Rede schlichtweg schlecht beraten wurde und Sarkozy selbst keine böse Absicht gehabt hätte. Nach dieser Rede wurden international zahlreiche Reaktionen darauf publiziert, sowohl in den jeweils lokalen Medien als auch als selbstständige Publikationen. Zu den bekanntesten Veröffentlichungen zählt hier der Sammelband *L'Afrique répond à Sarkozy. Contre le Discours de Dakar*, welcher von mehreren afrikanischen Intellektuellen verfasst wurde. Auch der von Sarkozy's Regierung ins Leben gerufene Dialog über die nationale Identität Frankreichs spielte eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Rede in Dakar 2007. Sarkozy und seine Parteikollegen des UMP (*Union pour un Mouvement Populaire*, französische Partei rechts der Mitte) verteidigten in dieser Debatte das Bild eines Frankreichs, dessen Identität vom weißen Menschen europäischer Abstammung bestimmt wird, was in der Realität keineswegs der Fall ist¹¹⁶.

Auch die damit in Verbindung stehende Gründung des Ministeriums für Immigration und nationale Identität, das fortan für die Umsetzung des Konzepts der selektiven Immigration verantwortlich war, stieß in Afrika nur auf wenig

¹¹⁵ Sarkozy zitiert nach Gounin (2009): 80f.

¹¹⁶ Moncrieff (2012): 11f.

Begeisterung. Sarkozys selektive Immigration sah vor, die Zahl der Immigranten pro Jahr auf eine bestimmte Anzahl zu beschränken, die erlaubte Anzahl der Immigranten pro Region festzulegen sowie Familienzusammenführungen mittels DNA-Tests zu erschweren¹¹⁷.

Doch was genau empörte die internationale intellektuelle Elite an den von Sarkozy getätigten Aussagen in seiner Rede von Dakar im Jahr 2007? Anhand des oben angeführten Zitats wird deutlich, dass Sarkozy den Afrikanern ihre geschichtliche Vergangenheit abspricht und dies als Grund für die heutigen Probleme auf dem afrikanischen Kontinent ansieht. Dabei lässt er jedoch aus, dass Frankreich und seine Kolonialherrschaft über einen Großteil der afrikanischen Länder für die jahrhundertelange Ausbeutung der menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen verantwortlich sind. Darüber hinaus stellt Sarkozy den Afrikaner als unfähig dar, jeglichen Fortschrittsgedanken wahrzunehmen, da er an von der Natur vorgegebenen saisonalen Rhythmen festhält und deswegen nicht in der Lage sei, sich weiterzuentwickeln. Kurzum wurden die Afrikaner als rückständig und geschichtslos bezeichnet, wobei ihnen jegliche Fähigkeit und Möglichkeit zum eigenständigen Fortschritt abgesprochen wird. Diese Argumentation erinnert stark an die Rechtfertigungen Frankreichs für seine kolonialen Bestrebungen, weshalb Sarkozy von vielen Intellektuellen für diese Äußerungen die Anlehnung an das koloniale Gedankengut vorgeworfen wurde.

Nur ein Jahr nach dem Vortrag in Dakar, anlässlich seiner Rede in Cape Town 2008, versuchte Sarkozy den angerichteten Schaden zu beheben und die AfrikanerInnen milder zu stimmen. Da Sarkozy in seiner Wahlkampagne stets den Willen zum Bruch mit den bisherigen franko-afrikanischen Beziehungen bekräftigt hatte, versuchte er dies mittels dieser Rede zu veranschaulichen. Sarkozy präsentierte vier Punkte, die seine Afrikapolitik von jener seiner Vorgänger abheben sollte: Anpassung der alten Kooperationsabkommen im gegenseitigen Einverständnis, verstärkte Transparenz der bilateralen Beziehungen, Einsatz der französischen Truppen, um eine eigenständige afrikanische Sicherheitsinstanz aufzubauen sowie Europa als wichtigen Partner

¹¹⁷ Le Gouriellec (2011): 5.

in die afrikanische Sicherheitspolitik einzubinden. Dies zeigt, dass Sarkozy vergleichsweise wenig Augenmerk auf typische entwicklungspolitische Themen wie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur legte, sondern hauptsächlich versuchte, die politische Stabilität des Kontinents und die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs zu wahren. Organisatorisch war Sarkozy sehr darauf bedacht, wie auch seine Vorgänger, die gesamte Entscheidungsmacht hinsichtlich der Afrikapolitik innerhalb des Elysée-Palasts auf sich zu konzentrieren und sämtliche Akteure zu entmachten. Von dieser Entwicklung war insbesondere das Außenministerium betroffen, wobei jenes gegen Ende von Sarkozys Amtszeit wieder an Einfluss gewann¹¹⁸.

Es war einige Zeit lang nicht klar, ob Sarkozy tatsächlich eine Reform der Afrikapolitik vornehmen oder die von seinen Vorgängern inspirierte, traditionelle Politik verfolgen würde. Diese Unklarheiten wurden jedoch rasch beseitigt, als Sarkozy Anfang 2008 Jean-Marie Bockel, den damaligen (sozialistischen) Kooperationsminister auf Nachdruck des gabunesischen Präsidenten Bongo durch den weitaus konservativeren Alain Joyandet ersetzte. Der Grund hierfür war, dass Bockel öffentlich gefordert hatte, die Zahlungen an korrupte afrikanische Machthaber einzustellen und ihnen auch keinerlei Schulden mehr zu erlassen. Konkret bezog er sich hierbei auf Staatschefs, die von den großen Ölreserven des Landes profitieren, ohne den dadurch erreichten Gewinn angemessen an die Bevölkerung weiterzugeben. Da Bongo sich durch diese öffentliche Stellungnahme von Bockel persönlich angegriffen fühlte, ließ er seine guten Beziehungen zu der pro-gaullistischen Bewegung spielen und erwirkte somit die Abbestellung des Kooperationsministers Jean-Marie Bockel und die Besetzung des Postens mit Alain Joyandet, welcher weit besser Bongos Vorstellungen eines geeigneten Kooperationsministers entsprach¹¹⁹.

Unmittelbar nach seiner Wahl zum Präsidenten schaffte Sarkozy die *cellule africaine* innerhalb des Elysée Palastes ab, was einen historischen Schritt darstellte, da die *cellule africaine* über Jahrzehnte hinweg die Afrikapolitik Frankreichs entscheidend geprägt hatte. Sie ermöglichte dem Staatsoberhaupt die alleinige Entscheidungsbefugnis über sämtliche Maßnahmen der

¹¹⁸ Melly, Darracq (2013) :4.

¹¹⁹ Moncrieff (2012): 12.

französischen Afrikapolitik. Ihre Abschaffung bedeutete in der Theorie eine Verlagerung der Machtverhältnisse vom Elysée-Palast hin zum Außenbeziehungsweise Kooperationsministerium, in der Praxis hingegen verblieb die Entscheidungsmacht in den Händen des Präsidenten. Darüber hinaus wurde 2009 das Staatssekretariat für Menschenrechte von Sarkozy abgeschafft¹²⁰.

Anlässlich der Feier des 50-jährigen Bestehens der Unabhängigkeit vieler französischer Ex-Kolonien stellte Nicolas Sarkozy 2010 seine Visionen bezüglich der Zukunft der französischen Afrikapolitik vor. Seine Reformbestreben umfassten insgesamt fünf Punkte:

1) Verschärfte Bedingungen für französische Firmen

Dieser Reformpunkt sieht ein eigenes Gesetz vor, welches Firmen verpflichten soll, sowohl im sozialen als auch im ökologischen Bereich verantwortungsbewusst zu handeln. Darüber hinaus sollen französische Firmen, die sich im Ausland niedergelassen haben, ihre Steuerzahlungen transparent deklarieren, um Korruption und den Abfluss von Steuergeldern für afrikanische Länder in karibische Steueroasen zu verhindern.

2) Überarbeitung der ausgeschütteten Gelder für Entwicklungshilfe

Sarkozy erklärte sich bereit, durch französische Firmen durchgeführte ausländische Direktinvestitionen, die Gehälter der im Ausland tätigen Beamten sowie die Kosten für die Abschiebung illegaler Einwanderer fortan nicht mehr als staatliche Entwicklungshilfe zu deklarieren.

3) Änderungen im diplomatischen Bereich

Da die franko-afrikanischen Beziehungen in der Vergangenheit durch klientelistische Verhältnisse geprägt waren und es Sarkozy ein erklärtes Ziel war, mit dieser Afrikapolitik zu brechen, sprach er sich explizit gegen ein Weiterführen der bisherigen Entwicklungshilfe aus. In diesem Zusammenhang deklarierte Sarkozy, dass weder er selbst noch Mitglieder seiner Regierung fortan mit korrupten Diktatoren verkehren würden, die sich durch den Kontakt mit französischen Politikern legitimieren wollen. Außerdem versprach Sarkozy, fortan nur mehr in Zusammenarbeit mit

¹²⁰ Le Gouriellec (2011): 6f.

anderen Staaten für die saubere Abwicklung von Wahlen im Ausland zu sorgen.

4) Reform des Franc CFA

Dieser Punkt sieht vor, den französischen Einfluss in den Zentralbanken UEMOA und CEMAC zu minimieren. Darüber hinaus würde Frankreich auf seine Exportabgabe verzichten und den Ländern, deren offizielle Währung der CFA ist, die Möglichkeit geben, eine andere Währung zu wählen.

5) Abzug der französischen Truppen und parlamentarische Kontrolle über Auslandseinsätze

Wie bereits kurz nach seiner Wahl angekündigt, plante Sarkozy eine neue Ausverhandlung der Verteidigungsabkommen mit den ehemaligen französischen Kolonien sowie den Abzug sämtlicher französischer Truppen aus dem Senegal, Gabun, dem Tschad und aus Djibuti. Außerdem sollten fortan sämtliche militärische Interventionen im Ausland in Kooperation mit anderen Akteuren und Ländern stattfinden¹²¹.

Trotz der Präsentation dieses Reformprogramms für die französische Afrikapolitik liegen mir keine Daten über eine tatsächliche Umsetzung dieser Maßnahmen vor. Obwohl sich viele ehemalige französische Kolonien bereits vor rund einem halben Jahrhundert für unabhängig erklärt hatten, bestehen immer noch starke Abhängigkeiten zwischen Frankreich und vielen afrikanischen Staaten. Für den Zugang zu Rohstoffen und billigen Arbeitskräften unterstützt Frankreich auch heute noch seine ehemaligen Kolonien und interveniert dort zum eigenen Vorteil sowohl politisch, ökonomisch als auch militärisch unter dem Deckmantel der Entwicklungszusammenarbeit oder *Coopération*¹²². Biyidi meint dazu, dass „la corruption des élites, les violations des droits humains, le pillage des ressources et le saccage de l’environnement sont le résultat direct de l’action conjointe de l’armée, des entreprises et des diplomates de notre pays. La question n’est pas de prétendre aider, mais de cesser nuire¹²³!“

¹²¹ Smith (2010): 3.

¹²² Primo (2010): 4.

¹²³ Biyidi (2010): 4.

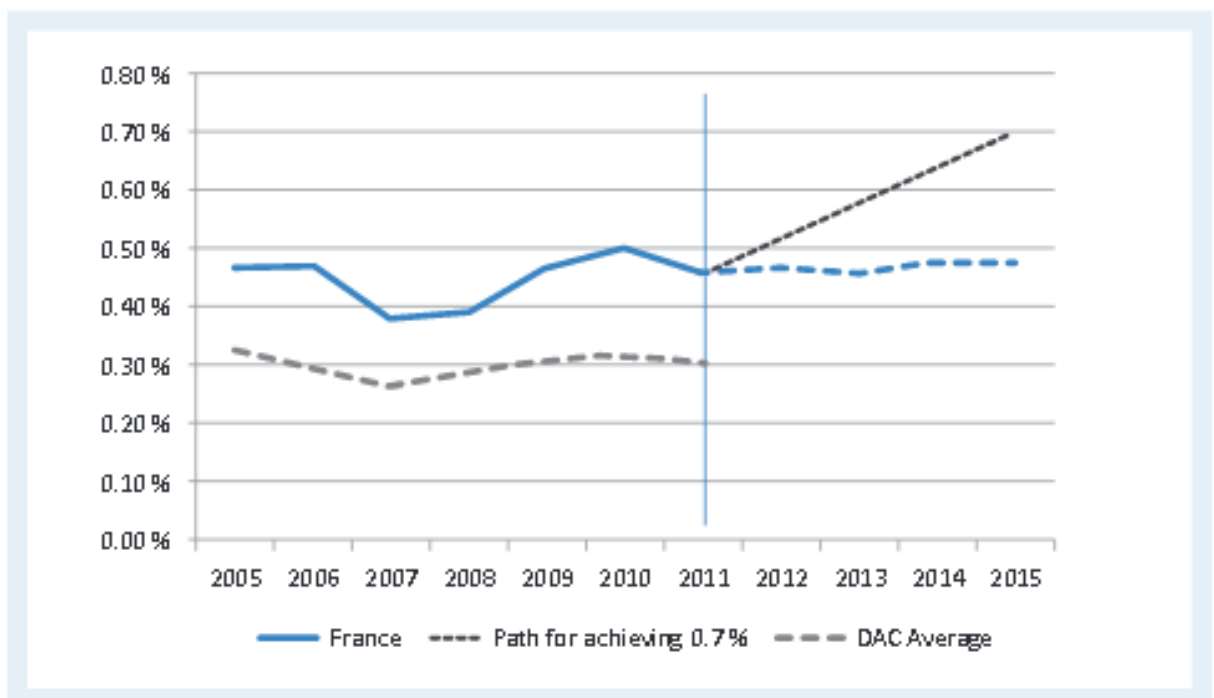
5.5.2 Fazit

Aufgrund seiner griechisch-ungarischen Abstammung und den fehlenden familienähnlichen Beziehungen zu vielen afrikanischen Staatschefs gab es zu Beginn von Sarkozys Amtszeit noch große Hoffnungen auf signifikante Veränderungen und einen neuen Zugang in der französischen Entwicklungshilfe. Diese Hoffnungen wurden jedoch mit der Rede in Dakar 2007 zunichte gemacht, da Sarkozy dabei erklärt hatte, dass der Afrikaner keine Geschichte habe und zu keiner Entwicklung fähig sei. Obwohl diese Rede in Afrika sehr unterschiedlich aufgefasst wurde, hagelte es sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene viel Kritik für Sarkozys Ansichten. In der Folge wurden viele seiner außenpolitischen Bestreben von den Auswirkungen dieser Rede überschattet. Mit der von Sarkozy beschlossenen Abschaffung der *cellule africaine* wurden schließlich noch mehr Entscheidungsbefugnisse auf den Präsidenten übertragen.

6. Aktuelle Trends der französischen Entwicklungszusammenarbeit

Wie die meisten westlichen Geberländer wird auch Frankreich das Ziel, bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden, klar verfehlen. Einer der Gründe dafür ist die seit 2008 vorherrschende Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, die auch Frankreich hart getroffen hat. Das Land hat sich aber zum Ziel gesetzt, an dem Erreichen der 0,7 Prozent für Entwicklungshilfe intensiv weiter zu arbeiten, sobald die Auswirkungen der Wirtschaftskrise gemildert seien und Frankreich seine alte wirtschaftliche Macht zurückerlangt haben wird. Die ODA (*Official Development Assistance*) im Jahr 2012 wird auf etwa 12,1 Milliarden US-Dollar geschätzt, was einen Rückgang von 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Damit beträgt der Anteil der ODA am Bruttonationaleinkommen lediglich 0,46 Prozent¹²⁴.

Figure 3.1 French ODA medium-term forecasts*



*Data subsequent to 2011 are estimates from the 2013 budget law.

Source: OECD and Document de politique transversale (France, 2012)

Abbildung 1: Mittelfristige Entwicklung des französischen Budgetvolumens

¹²⁴ OECD (2013) : 18.

2011 veröffentlichte Frankreich auf Anraten des vorangegangenen *DAC Peer Reviews* ein *Framework Document on Development Cooperation*, das die Ziele der französischen Entwicklungszusammenarbeit sowohl geografisch als auch thematisch für einen mittelfristigen Zeitraum (10 Jahre) festlegt. Dabei orientierte sich Frankreich insbesondere an den *Millennium Development Goals*, (MDGs) in denen vor allem die Armutsbekämpfung ein bedeutsames Ziel darstellt. Das *Framework Document* soll somit auch die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit für alle involvierten Akteure vereinheitlichen, um mit vereinten Kräften die Umsetzung der MDGs zu forcieren. Darüber hinaus sollen die in diesem Rahmen gesetzten Handlungen im Interesse der Geber- und Empfängerländer stehen sowie den französischen Einfluss auf internationaler Ebene wahren und erweitern. Um die Erfolge der französischen Entwicklungspolitik angemessen evaluieren zu können, wurden 2013 von Präsident François Hollande die *Assises du développement et de la solidarité internationale* ins Leben gerufen, die Hollandes Visionen für die kommenden Jahre seiner Amtszeit mit den Bedingungen des *Framework Documents* in Einklang bringen sollen¹²⁵.

Dabei wurden vier Hauptziele der französischen Entwicklungszusammenarbeit festgelegt:

- der französische Staat wird seine Bemühungen vor allem auf die wirtschaftliche Entwicklung, Sicherheitsangelegenheiten sowie Umweltthemen fokussieren. Das dafür vorgesehene Gesetz wird voraussichtlich 2014 in Kraft treten.
- Einrichtung eines nationalen Komitees für Entwicklung und internationale Solidarität, um eine bessere Kommunikation zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft sicherzustellen.
- Sobald die Wirtschafts- und Finanzkrise abflaut, wird Frankreich weiter auf das Ziel, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für ODA aufzuwenden, hinarbeiten.

¹²⁵ OECD (2013): 25ff, 37ff.

- Sicherstellung der Transparenz sämtlicher Aktionen hinsichtlich der Entwicklungszusammenarbeit¹²⁶.

6.1 Verteilung und Höhe der ODA (*Official Development Assistance*)

Zwei Drittel der französischen ODA werden für bilaterale Entwicklungshilfe aufgewandt, wobei davon vierzig Prozent Schuldenerlässe, Ausbildungskosten und die Kosten für Flüchtlinge ausmachen. Weitere vierzig Prozent der bilateralen ODA werden für die Vergabe von Krediten aufgewandt, welche hauptsächlich das Ziel hatten, Maßnahmen gegen den Klimawandel zu setzen sowie die Produktion effizienter zu gestalten. Erstaunlicherweise floss die französische ODA in den vergangenen Jahren vorrangig an Länder der mittleren Einkommensschicht: 67 Prozent der Gelder kamen diesen Staaten zu Gute, während nur die Demokratische Republik Kongo als einziges Land mit niedrigem Einkommen unter den zehn Hauptempfängern der französischen ODA rangierte. Auch gesamt gesehen wird anteilig nur wenig für die LDCs aufgewandt: nach Abzug der Schuldenerlässe wurden lediglich zehn Prozent der ODA für arme Länder ausgegeben¹²⁷.

Geographisch fokussiert die französische Entwicklungszusammenarbeit vier Gruppen von Ländern:

- Staaten in Afrika südlich der Sahara

Diese Region steht aufgrund der bestehenden kulturellen Nähe zu Frankreich und aufgrund der kolonialen Vergangenheit im Zentrum der französischen Entwicklungspolitik. In den Jahren 2011 bis 2013 wurden 60 Prozent der Entwicklungshilfegelder an Länder innerhalb dieser Region ausbezahlt.

- An das Mittelmeer angrenzende Staaten

Frankreich bedenkt Länder wie Marokko, Tunesien oder Algerien mit insgesamt 20 Prozent seiner Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, da diese Länder auch starke Beziehungen mit Frankreich unterhalten und außerdem von geographischer Bedeutung sind.

¹²⁶ OECD (2013): 38.

¹²⁷ OECD (2013): 18.

- Entwicklungsländer mit besonderer Bedeutung

Länder, die sich in den letzten Jahrzehnten zu wichtigen Akteuren der Weltwirtschaft entwickelt haben, erhalten rund ein Zehntel der französischen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit. Dazu zählen unter anderem Brasilien, Indien oder China.

- Krisenstaaten

Krisenstaaten, beispielsweise Haiti oder Länder des Mittleren Ostens, erhalten ebenfalls 10 Prozent der französischen Entwicklungshilfe in Form von Krediten und Darlehen¹²⁸.

Die genaue regionale und thematische Verteilung der französischen Gelder für Entwicklungszusammenarbeit ist jedoch nicht ersichtlich, was auf die große Komplexität der Akteursstruktur zurückzuführen ist. Auch die genauen Kriterien für die Auswahl der Profiteure der französischen EZA sind nicht klar formuliert: die Länder werden „on the basis of economic and social criteria, also considering the depth of cultural or linguistic ties to France and to immigrant communities¹²⁹“ ausgewählt.

Ein weiterer Punkt, den die OECD in ihrer Peer Review 2013 an Frankreich kritisiert, ist das Fehlen von genderbezogenen Themen und Projekten in der französischen Entwicklungszusammenarbeit. Die Mitarbeiter der Projekte erhalten keine Schulungen, die das Empowerment von Frauen und Geschlechtergleichheit thematisieren, womit auch keinerlei Projekte im Hinblick auf den sozialen und kulturellen Stellenwert der Frau entstehen können¹³⁰.

¹²⁸ OECD (2013): 39.

¹²⁹ OECD: (2013): 41.

¹³⁰ OECD (2013): 43.

7. Die französische Afrikapolitik seit 1981 – zwischen Bruch und Kontinuität

Die französische Afrikapolitik der letzten drei Jahrzehnte stand im Zeichen von nicht ernsthaft durchgeführten Reformen sowie stetigen Veränderungen, die sich durch das globale Umfeld ergaben. In diesem Sinne kann in Bezug auf die französische Entwicklungs- und Außenpolitik nicht von einer klar verfolgten Linie, sondern lediglich von zaghaften Bemühungen zur Einleitung eines Bruchs mit den Traditionen sowie zur Beibehaltung der altbewährten Methoden gesprochen werden. Eine bedeutende Veränderung in der französischen Afrikapolitik und eine Abkehr von traditionellen, postkolonial geprägten Handlungsmustern über die letzten 30 Jahre sind jedoch nicht von der Hand zu weisen. Erstens hat sich die Welt in den vergangenen Jahren massiv gewandelt: durch die immer schneller voranschreitende Globalisierung haben sich neben der ehemals dominierenden Kolonialmacht Frankreich auch andere Großmächte wie die USA, Großbritannien oder China auf dem afrikanischen Kontinent als Geber von Entwicklungshilfe etabliert und üben großen Einfluss auf die lokalen Gegebenheiten aus. Zweitens sind die franko-afrikanischen Beziehungen heutzutage nicht mehr so intensiv und emotional wie in der Vergangenheit, da die politische Elite Frankreichs nicht mehr in so persönlicher Beziehung zu afrikanischen Staatschefs steht. Drittens hat sich nicht nur die französische, sondern auch die afrikanische politische Elite verändert. Viele afrikanische Politiker haben ihre Karriere in anglophonen Ländern begonnen und sind trotz der fehlenden Verbindung mit Frankreich erfolgreich an der Macht. Nicht nur die afrikanische Politik, sondern auch die Bevölkerung haben sich in dieser Zeit stark gewandelt: die afrikanische Jugend, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, distanziert sich von den traditionellen Ansichten und wünscht sich eine Modernisierung der Beziehungen. Viertens ist das Budget für die französische Entwicklungszusammenarbeit seit mehreren Jahren aufgrund der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise limitiert. Aus diesem Grund wird das Budget für Entwicklungshilfe vorrangig in multilaterale Projekte investiert, um die finanziellen Risiken so breit wie möglich zu streuen. Im

Gegensatz zur postkolonialen Periode spielt Afrika nicht mehr die Hauptrolle in der französischen Afrikapolitik¹³¹.

Aufgrund dessen haben französische Politiker in den letzten Jahren zwei mögliche Zukunftsszenarien für die französische Afrikapolitik entwickelt:

- 1) Der ohnehin bereits rückläufige Einfluss auf dem afrikanischen Kontinent wird sich auch in der Zukunft noch weiter reduzieren, worauf der Personalabbau der letzten Jahre, die Auflösung diverser Militärbasen im Ausland sowie der Rückgang der staatlichen Entwicklungshilfegelder hinweisen. Auch wird der französischen Entwicklungszusammenarbeit vorgeworfen, nicht mehr ausreichend Engagement für eine Afrikapolitik wie in alten Zeiten aufzubringen, was jedoch von der politischen Führung Frankreichs vehement bestritten wird.
- 2) Gegner der eben dargelegten Sichtweise hingegen behaupten, dass sich die französische Entwicklungszusammenarbeit im Grunde nicht verändern werde, worauf die seit Jahrzehnten ausstehende inhaltliche Reform der Afrikapolitik hindeutet. Darüber hinaus unterhält Frankreich entgegen sämtlicher offizieller Behauptungen auch weiterhin gute Beziehungen mit autoritären Regimes im Ausland, die nicht zuletzt wirtschaftliche Vorteile für Frankreich bringen sollen. Die kürzlich angestrebten multilateralen Zugänge in der französischen Afrikapolitik haben jedoch nicht zu einer Reduktion des ökonomischen, politischen und militärischen Engagements Frankreichs auf dem afrikanischen Kontinent geführt, weshalb die militärischen Auslandseinsätze wie beispielsweise in Mali tendenziell auch auf eine Renaissance der kolonialen Strukturen hinweisen. Trotz alledem ist eine generelle Neuausrichtung der französischen Interessen nicht von der Hand zu weisen: in den letzten Jahren ist Frankreich vermehrt in anglophonen Gebieten tätig und hat bereits zahlreiche Partnerschaften außerhalb der französischsprachigen Welt geschlossen¹³².

Was aber beiden Ansätzen fehlt, ist eine differenzierte Sichtweise auf den afrikanischen Kontinent: viele heutige Vorstellungen der französischen Politik

¹³¹ Châtaigner (2006): 2f.

¹³² Châtaigner (2006): 3f.

Afrika betreffend sind vollkommen veraltet und sehen den Kontinent als homogenes Gebilde, das er nicht ist¹³³.

7.1 Die aktuellen Pfeiler der französischen Entwicklungszusammenarbeit

Der finanzielle/ wirtschaftliche Pfeiler

Durch die Kreation der Franc-Zone sicherte sich Frankreich großen finanziellen Einfluss auf viele afrikanische Länder. Mit der Gründung der Bretton-Woods-Institutionen und der Knüpfung französischer Projekte an die Bedingungen des Internationalen Währungsfonds wurde dieser Einfluss jedoch verringert. Die Ausschüttung von französischen Mitteln orientiert sich vor allem an den lokalen Finanzmärkten: die drei hauptbegünstigten Länder sind Ghana, Burkina Faso und Mosambik. Aufgrund der stetig wachsenden Konkurrenz aus China hat Afrika seine wirtschaftlichen Anreize für französische Unternehmen teilweise verloren¹³⁴.

Der politische Pfeiler

Dem politischen Pfeiler liegen Partnerschaft, Afrikanisierung sowie europäische Bemühungen zu Grunde. Insbesondere in den internationalen Gremien setzt sich Frankreich für die afrikanischen Staaten ein. Dies garantiert Frankreich die Unterstützung diverser Länder in Abstimmungen – im Gegenzug erhalten diese Länder den diplomatischen Rückhalt eines mächtigen Landes. Als weitere Prinzipien im politischen Feld der französischen Entwicklungszusammenarbeit sind die Wahrung und Einführung der Rechtsstaatlichkeit sowie einer demokratischen Regierungsform zu nennen¹³⁵.

Der militärische Pfeiler

Wie in vorigen Kapiteln bereits erwähnt, existieren seit der Dekolonisierungswelle des vergangenen Jahrhunderts zwischen Frankreich und

¹³³ Châtaigner (2006) :3f.

¹³⁴ Châtaigner (2006): 4f.

¹³⁵ Châtaigner (2006): 5.

einigen Exkolonien militärische Verteidigungsabkommen. Trotz des langen Bestehens dieser Verträge werden diese nicht immer auch in der Praxis angewandt: Als im Jahr 2002 sich der Präsident der Elfenbeinküste, Laurent Gbagbo, mit einer nicht unerheblichen Anzahl an Aufständischen konfrontiert sah, erbat er die Hilfe Frankreichs, die ihm laut dem Verteidigungsabkommen auch zugestanden hätte – jedoch ohne Erfolg. Neben der Nichteinhaltung diverser Verteidigungsabkommen reduzierte Frankreich ebenfalls das militärische Personal auf dem afrikanischen Kontinent und initiierte gemeinsam mit Großbritannien und den USA das Programm RECAMP (*Renforcement des capacités africaines de maintien de la paix*). Wie der Name bereits erahnen lässt, soll diese Initiative für den Erhalt der Sicherheit in Afrika durch lokale afrikanische Sicherheitskräfte sorgen. Gesamt gesehen konzentriert sich die französische Militärpräsenz heute auf vier wesentliche Stützpunkte, welche neben ihrer strategischen Rolle auch dazu dienen sollen, im Kriegsfall Ausländer evakuieren zu können: die Militärbasen befinden sich in Dschibuti, Dakar, Libreville und La Réunion. Andere Stützpunkte haben deutlich an Bedeutung verloren und spielen nur noch eine Nebenrolle in der militärischen Planung Frankreichs¹³⁶.

¹³⁶ Châtaigner (2006): 5f.

8. Schlusswort und Analyse der Ergebnisse

Die französische Entwicklungszusammenarbeit ist trotz sämtlicher "Normalisierungsmaßnahmen" immer noch räumlich stark auf die ehemaligen Kolonien und heutigen Überseegebiete konzentriert. Dort kann auf bereits seit langer Zeit bestehende Beziehungen und Institutionen aufgebaut werden, während in anderen Ländern erst Beziehungen mühevoll aufgebaut werden müssen. Dennoch sieht sich Frankreich aufgrund von neuen Akteuren und Interessenten auf dem afrikanischen Kontinent gezwungen, vermehrt auf multilaterale Projekte zu setzen und auch teilweise außerhalb der frankophonen Staaten Entwicklungspolitik zu betreiben. Die Tendenz zur Multilateralisierung und zur Erweiterung des gewohnten Einsatzgebiets wird sich zukünftig vermutlich fortsetzen.

Durch die gezielte Förderung der französischen Sprache in den Ländern, die französische Hilfgelder erhalten, sichert sich Frankreich dauerhaft seine Machtposition und nimmt ebenfalls Einfluss auf die lokale Politik. Da Sprache auch immer Identitäten schafft, erfolgt durch die Verbreitung der französischen Sprache und Kultur auch eine starke Einflussnahme auf das betroffene Land und dessen Bevölkerung. Durch sprachpolitische Maßnahmen wie beispielsweise den *pacte linguistique* stellt Frankreich die großflächige Verbreitung seiner Sprache sicher. Obwohl viele französische Präsidenten tiefgreifende Reformen der Afrikapolitik und Entwicklungszusammenarbeit versprochen hatten, haben sich die Grundzüge der französischen Außenpolitik im Bezug auf (das frankophone) Afrika nur mäßig verändert. Auch die große Reform der Entwicklungspolitik aus dem Jahr 1998 hat lediglich oberflächliche Veränderungen gebracht, während die klientelistischen Beziehungen zwischen Frankreich und vielen afrikanischen Staatsoberhäuptern weiterhin in abgeschwächter Form bestehen bleiben.

9. Zusammenfassung

Frankreich kann auf eine jahrhundertelange Aufrechterhaltung seines Einflusses zurückblicken: sowohl sprachlich als auch territorial befand sich die *Grande Nation* auf einem Siegeszug. Dafür zeichnen unter anderem eine strenge Sprachpolitik sowohl innerhalb Frankreichs als auch im Ausland sowie ein stetiges Expansionsbestreben verantwortlich. Mit der afrikanischen Dekolonisierungswelle beginnend in den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts und den globalen Veränderungen geriet die Stellung Frankreichs als Weltmacht jedoch ins Wanken: neben dem faktischen Verlust von Kolonien sah sich Frankreich auch mit dem Auftritt neuer Akteure wie Großbritannien, China oder der USA zunehmend mit starker Konkurrenz auf dem afrikanischen Kontinent konfrontiert.

Nach der Dekolonisierung musste Frankreich andere Mittel finden, um seine Macht aufrecht zu erhalten: die Entwicklungszusammenarbeit. Unter den Präsidenten Mitterrand und Chirac war das Verhältnis zu vielen afrikanischen Staatsoberhäuptern freundschaftlich und klientelistisch geprägt. Viele der Forderungen Frankreichs (wie etwa der Aufbau einer Demokratie) an seine Entwicklungshilfeempfänger wurden aber nur zögerlich durchgesetzt: da nach der Rede von La Baule im Jahre 1990, in der Frankreich gelobte, seine Gelder nur mehr an Länder auszuschenken, die demokratische Bemühungen zeigten und keine diktatorische Staatsform hatten, keine entsprechenden Taten folgten, ist klar, dass Frankreich stets an einer guten Beziehung zu seinen ehemaligen Kolonien interessiert war und ist.

Doch mit dem Ende des 20. Jahrhunderts gingen einige Veränderungen einher, die die französische Machtposition schmälerten und die Entwicklungszusammenarbeit stark veränderten. Durch das Auftreten neuer, mächtiger Akteure und Interessenten auf dem afrikanischen Kontinent verringerte sich der französische Einfluss. Durch die aufkommende Globalisierung bemühten sich auch außereuropäische Länder wie beispielsweise China um den Zugang zu Rohstoffen und Land in Afrika.

Seitdem setzt die französische Entwicklungszusammenarbeit verstärkt auf multilaterale Projekte, um einerseits vor internationaler Kritik gefeit zu sein und um andererseits eventuelle Risiken so breit wie möglich zu streuen. Auch der aktuelle Präsident Frankreichs, François Hollande, verfolgt diese Strategie. Die kommenden Jahre werden zeigen, welche Veränderungen Hollande in der französischen Entwicklungszusammenarbeit vornehmen wird.

9.1 Summary

France can look back in history on a very long-lasting influence all over the African continent: its language was used by more and more people all over the world, and its colonization in Africa was more than successful. France's strict language policy within France and abroad and the willing to expand the country's borders are greatly responsible for this success. When many African countries became independent in the 1950ies and in the following decades and the global changes happening at that time, France's position as a world power was weakened decisively: besides the loss of the colonies, France had to face the uprising of new actors in Africa like Great Britain, China or the USA, which represented serious competitors for influence and power.

Due to the decolonization, France had to find other ways to maintain its influence: development cooperation. The presidents Mitterrand and Chirac had a very clientelistic and amicable connection to many African heads of states. Many of the French requests towards the receivers of its development aid (like the instauration of a democracy) were not accomplished: in the speech from La Baule in 1990, France said it would only give its development aid to countries not having a dictator, but a democratic system. Unfortunately, countries refusing a democratic system did still benefit from the French aid, and the contents of the La Baule speech were relativized later, which shows us that good relations to the African continent are and were very important to France.

At the end of the twentieth century, there were some significant changes which weakened the French power in Africa and changed its development cooperation decisively. As some new, powerful actors showed their interest for the African continent, the French influence got smaller. Due to the globalization process, some countries outside of Europe like China were eager to get access to resources and land. Since then, the French development cooperation is more oriented towards multilateral projects in order not to be criticized for its actions and to spread eventual risks as much as possible. François Hollande, the

current French president, prosecutes this strategy as well. The following years will show, which changes he will make in French development aid.

9.2 Résumé

La France a réussi à maintenir son influence en Afrique pendant plusieurs siècles : non seulement au niveau linguistique mais aussi en ce qui concerne l'expansion territoriale, les actions françaises ont été couronnées de succès. Ce sont notamment la politique linguistique ainsi que son désir d'agrandir son territoire qui sont responsables de ce succès. Commencant avec la décolonisation dans les années 50 et les décennies suivantes, la position française dans le monde s'est affaiblie en raison de la perte des colonies, les changements globaux et en raison de l'apparition de nouveaux acteurs sur le continent africain comme la Chine, la Grande-Bretagne et les États-Unis.

Après la décolonisation, la France devait trouver d'autres moyens pour maintenir son influence en Afrique ce qui était l'aide au développement. Sous les présidents Mitterrand et Chirac, la relation avec les chefs d'État africains était d'un caractère amical et clientéliste. Malheureusement, plusieurs revendications de la France vis-à-vis les bénéficiaires de son aide au développement (comme l'instauration d'une démocratie) ont été entièrement adoptées : après le fameux discours de La Baule en 1990, dans lequel la France avait promis de ne plus venir en aide aux pays ayant en partage un système peu démocratique, la situation n'a pas vraiment changé. Cela nous montre que la France a toujours fait des efforts pour maintenir de bonnes relations avec ses anciennes colonies.

Vers la fin du vingtième siècle, il y avait quelques changements globaux qui ont limité l'influence française dans le monde et qui avaient des changements massifs au niveau de la coopération française pour résultat. Par l'apparition de nouveaux acteurs sur le continent africain, l'influence française s'est réduite. À cause de la mondialisation, beaucoup d'acteurs hors de l'Europe ont montré leur intérêt en ce qui concerne l'accès aux matières premières en Afrique. Depuis, la coopération française se concentre sur les projets multilatéraux pour ne pas être critiqué d'agir dans son propre intérêt et pour avoir peu de risques. François Hollande, actuellement Président de la République française, poursuit

également cette stratégie. L'avenir nous montrera quels changements il y aura dans l'aide au développement français.

10. Bibliografie

10.1 Monografien, Sammelbände und Zeitschriftenartikel

Chafer, Tony (2005): Chirac and 'la Françafrique': No Longer a Family Affair. In: *Modern & Contemporary France*, 13:1, S. 7-23.

Claude, Gérard (2007): Dix ans de politique africaine de la France, 1996-2006. In : *Politique étrangère*, 2007/4 Hiver, S. 905-918.

Degnbol-Martinussen, John ; Engberg-Pedersen, Poul (2005²): *Aid. Understanding International Development Cooperation*. London, New York: Zed Books Ltd.

Erfurt, Jürgen (2005): *Frankophonie. Sprache – Diskurs – Politik*. Tübingen: A. Francke Verlag.

Frank, Andre Gunder (1966): *Die Entwicklung der Unterentwicklung*. In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Sievers, Wiebke (Hg.) (2008): *Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development*. Wien: Mandelbaum Verlag.

Gounin, Yves (2009): *La France en Afrique. Le combat des Anciens et des Modernes*. Préface de Jean-Christophe Rufin. Bruxelles: Editions De Boeck Université.

Lancaster, Carol (2007): *Foreign Aid. Diplomacy, Development, Domestic Politics*. Chicago (u.a.) : Chicago University Press.

Le Gouriellec, Sonia (2011) : A look at Nicolas Sarkozy's African Policy in the French "backyard". In: *Dynamiques Internationales*, No. 4/2011.

Moncrieff, Richard (2004): *French Development Aid and the Reforms of 1998-2002*. PhD Thesis. University of Southampton.

Moncrieff, Richard (2012) : *French Relations with Sub-Saharan Africa Under President Sarkozy*. In: South African Institute of International Affairs, Occasional Paper No. 107, Jänner 2012.

Naudet, J.D. (1995): *Aperçu de l'aide bilatérale française au développement*. Paris: DIAL.

Sarkozy, Nicolas (2007) : *Mes objectifs en matière de politique internationale*. In : *Politique africaine*, 2007/1 Nr. 105, S. 149-152.

10.2 Internetquellen

Académie Française (2013) : Le français d'aujourd'hui. In : <http://www.academie-francaise.fr/la-langue-francaise/le-francais-aujourd'hui>

[Zugriff : 28.05.2013]

Adingra, Jean Eric (2.7.2012): Contrat de désendettement et de développement : La France va redistribuer 1300 milliards de dette ivoirienne.

In : <http://news.abidjan.net/h/4361413.html>

[Zugriff : 22.2.2013].

AFD (o.J.) Le fonds ARIZ. In : <http://www.afd.fr/home/outils-de-financement-du-developpement/garantiesAFD/fonds-ariz>

[Zugriff : 07.3.2013].

AFD (o.J.) : Le fonds DOM. In : <http://www.afd.fr/home/outils-de-financement-du-developpement/garantiesAFD/pid/6661> (sowohl französische- als auch englischsprachige Fassung).

[Zugriff : 07.3.2013].

AFD (o.J.) : Le fonds FASEP. In : <http://www.afd.fr/home/outils-de-financement-du-developpement/garantiesAFD/pid/6662>

[Zugriff : 07.3.2013].

AFD o.J. : Les contrats de désendettement et de développement. In:

<http://afd.fr/home/outils-de-financement-du-developpement/C2D>

[Zugriff : 22.2.2013].

AFD (o.J.) : Les garanties. In : <http://www.afd.fr/home/outils-de-financement-du-developpement/garantiesAFD>

[Zugriff : 22.2.2013].

AFD (o.J.): Les prêts. In : <http://www.afd.fr/home/outils-de-financement-du-developpement/prets>

[Zugriff : 22.2.2013].

AFD (o.J.) : Les subventions. In : <http://www.afd.fr/home/outils-de-financement-du-developpement/subventions>

[Zugriff : 22.2.2013].

AllGouv (2012): Direction Générale de la Mondialisation, du développement et des partenariats. In : <http://www.allgov.com/fr/departments/minist%C3%A8re-des-affaires-%C3%A9trang%C3%A8res/direction-g%C3%A9n%C3%A9rale-de-la-mondialisation-du-d%C3%A9veloppement-et-des-partenariats?agencyid=7>

[Zugriff : 11.3.2013]

Biyidi, Odile (2010): La France devrait cesser de nuire avant de prétendre aider.

In : <http://www.afrique2010.fr/IMG/pdf/50ans-Francafrigue-Cetro.pdf>

[Zugriff : 1.9.2013]

Châtaigner, Jean-Marc (2006) : Zwischen Reform und Tradition: Die französische Afrikapolitik heute. In: <http://library.fes.de/pdf-files/iez/03982.pdf>
[Zugriff: 25.11.2013].

Delacloche, Laure (2011): Francophonie internationale Liban. Objectif du pacte linguistique: redorer le blason français. In :
<http://languedutravail.org/nouvelles/157/Liban+-+Objectif+du+Pacte+linguistique,+redorer+le+blason+de+la+langue+fran%C3%A7aise>
[Zugriff : 11.06.2013]

France Diplomatie (o.J.): Zone de Solidarité Prioritaire. In :
<http://www.diplomatie.gouv.fr/fr/enjeux-internationaux/aide-au-developpement-et/article/zone-de-solidarite-prioritaire>
[Zugriff : 8.9.2013].

Französische Botschaft in Abidjan (o.J.): <http://www.ambafrance-ci.org/C2D-franco-ivoirien-le-projet>
[Zugriff: 11.5.2013].

Gillet, Nathalie (2005): Die französische Entwicklungshilfe schaut wieder auf Afrika. In: <http://www.ueberblick.de/ueberblick.archiv/one.ueberblick.article/ueberblicka063.html>
[Zugriff: 12.12.2012].

Hofnung, Thomas (17.5.2012): Coopération: Canfin marque la rupture. Le nouveau ministère du Développement veut faire oublier la Françafrique. In: http://www.liberation.fr/politiques/2012/05/17/cooperation-canfin-marque-la-rupture_819559
[Zugriff: 24.01.2013].

Kwak, Anna (2004): Die Entwicklungspolitik Frankreichs gegenüber Sub-Sahara Afrika. Bonn: Magisterarbeit Universität Bonn. In: http://www.uni-bonn.de/~uholtz/magisterarbeiten/Mag_kwak.pdf.
[Zugriff: 22.10.2013].

La Documentaton Francaise (2009) :
www.ladocumentationfrancaise.fr/dossiers/d000042-la-france-d-outre-mer/un-developpement-encorefragile
[Zugriff: 8.11.2013].

Le Fol, Sebastien (20.3.2013) : Le français est la langue du développement. In : Le Figaro : <http://www.lefigaro.fr/culture/2013/03/20/03004-20130320ARTFIG00315-abdou-diouf-le-francais-est-la-langue-du-developpement.php?cmtpage=0>
[Zugriff : 14.6.2013].

Le Portail de l'Entreprise et du business au Sénégal : BILAN- Fonds de garantie Ariz : 8,5 milliards de francs Cfa octroyés. In :
http://www.senentreprise.com/BILAN-Fonds-de-garantie-Ariz-85-milliards-de-francs-Cfa-octroyes_a311.html

[Zugriff : 22.2.2013].

Maire Info (19.3.2010) : La DGTPE devient Direction Générale du Trésor. In : <http://www.maire-info.com/etat-administration-centrale-elections/administration-centrale/la-dgtpe-devient-direction-generale-du-tresor-article-12402>

[Zugriff : 11.3.2013]

Melly, Paul ; Darracq, Vincent (2013) : A New Way to Engage? French Policy in Africa from Sarkozy to Hollande. In:

http://www.chathamhouse.org/sites/default/files/public/Research/Africa/0513pp_franceafrica.pdf

[Zugriff: 8.9.2013].

Minfenda, Guy Mvelle (2005): Aide au développement et coopération décentralisée. Esquisse d'une désétatisation de l'Aide française: Les cas du Cameroun, Congo, Gabon, RCA, Tchad et Rwanda. Université Jean Moulin Lyon 3. In: http://theses.univ-lyon3.fr/documents/lyon3/2005/mvelle_g/pdfAmont/mvelle_g.pdf

[Zugriff : 17.4.2013].

OECD (2013) : DAC Peer Review France. In: www.oecd.org/dac/peer-reviews/OECD%20version%20onlineFINAL.pdf

[Zugriff: 2.1.2014].

OIF (2013) : Qui sommes-nous ? In : <http://www.francophonie.org/Qui-sommes-nous.html>

[Zugriff : 28.05.2013].

Olivier, Mathieu (2012) : France : de la Coopération au Développement, quels changements pour la France en Afrique ? In : Jeune Afrique :

<http://www.jeuneafrique.com/Article/ARTJAWEB20120517164005/>

[Zugriff : 22.1.2013].

Primo, Alice (2010) : Garder le contrôle sur un certain nombre d'Etats africains.

In : <http://www.afrique2010.fr/IMG/pdf/50ans-Francafrigue-Cetro.pdf>

[Zugriff : 1.9.2013].

Radwan, Mohamed (2012): LE PPTE ne résoudra pas les problèmes des ivoiriens. In : [http://laudacespererunecotedivoirenouvelle.ivoire-](http://laudacespererunecotedivoirenouvelle.ivoire-blog.com/archive/2012/06/28/le-ppte-ne-resoudra-pas-les-problemes-des-ivoiriens.html)

[blog.com/archive/2012/06/28/le-ppte-ne-resoudra-pas-les-problemes-des-ivoiriens.html](http://laudacespererunecotedivoirenouvelle.ivoire-blog.com/archive/2012/06/28/le-ppte-ne-resoudra-pas-les-problemes-des-ivoiriens.html)

[Zugriff : 03.02.2013].

Smith, Stéphane (2010) : Les cinq grandes réformes en détail. In :

<http://www.afrique2010.fr/IMG/pdf/50ans-Francafrigue-Cetro.pdf>

[Zugriff : 1.9.2013].

Tedga, Jean Paul (2012): Mamadou Koulibaly: Sous Ouattara, la Cote d'Ivoire va très mal. In : Afriqueduction, Nr. 348, online abrufbar unter http://www.lider-ci.org/index.php?option=com_content&view=article&id=119%3Amamadou-koulibaly-qsous-ouattara-la-cote-divoire-va-tres-malq&Itemid=51

[Zugriff: 21.02.2012].

10.3 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Mittelfristige Entwicklung des französischen Budgets für Entwicklungshilfe. In: www.oecd.org/dac/peer-reviews/OECD%20version%20onlineFINAL.pdf
[Zugriff: 2.1.2014]

11. Anhang

11.1 Abstract in deutscher Sprache

Diese Arbeit gibt einen Überblick über die französische Entwicklungszusammenarbeit seit 1981 und über die Veränderungen, die sich in diesem Zeitraum zugetragen haben. Dabei werden sowohl sprachliche, politische als auch ökonomische Interessen untersucht, die in dieser Periode relevant und Grund für Veränderungen waren. Im Speziellen werden dabei die Amtsperioden und Entscheidungen der Präsidenten Mitterrand, Chirac und Sarkozy hinsichtlich der französischen Entwicklungszusammenarbeit beschrieben. Letztlich zeigt die Arbeit, in welche Richtung sich die aktuelle Entwicklungspolitik Frankreichs entwickelt und welche Tendenzen dabei zu erkennen sind.

11.2 Abstract in English

This paper gives an overview about the French development aid since 1981 and the changes that did occur in this period. Regarding this, linguistic, economic as well as political interests are analyzed, which were relevant for the changes during that time. Especially the presidential terms of François Mitterrand, Jacques Chirac and Nicolas Sarkozy regarding the French development aid play an essential role in this paper. Finally, it will be shown in which direction French cooperation is going develop and which tendencies there can be identified.

11.3 Lebenslauf

Name	Gisela Selucky, BA
Geburtsort	Wien
Schulische Ausbildung	1995-1999: Volksschule Carl Prohaska Platz Wien 10 1999-2003: Gymnasium Laaer Berg Straße, Wien 10 2003-2008: Handelsakademie, Wien 10, Reifeprüfung mit ausgezeichnetem Erfolg
Akademische Ausbildung	2008-2012: Studium der Französisistik an der Universität Wien, Abschluss mit dem Titel Bachelor of Arts 2008-2013: Studium der Internationalen Entwicklung an der Universität Wien
Wissenschaftliche Abschlussarbeiten	Bachelorarbeiten der Französisistik: Lexikologie und Semantik der Erzählung <i>La Parure</i> von Maupassant Text- und Übersetzungsanalyse von Peter Handkes <i>Versuch über die Jukebox</i> und der zugehörigen Übersetzung von Goldschmidt
Fremdsprachenkenntnisse	Englisch: Sehr gut in Wort und Schrift Französisch: Sehr gut in Wort und Schrift Italienisch: Gut in Wort und Schrift